Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 22. Dezember 1925
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hansabeide 5970—5000. Postscheck: Berlin Nr. 107841. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Wert * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Wetterdienst * Bild im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 30 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

64. Jahrgang
Nr. 601
22. 12. a — 10 Seiten

Volk unter Völkern.

Die Grenzen des deutschen Staates und des deutschen Volkstums decken sich nicht. Es blieb dem Zeitalter des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorbehalten, das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet unter fünfzehn Staaten aufzuteilen. Trotz Versailles, Trianon und St. Germain wurden 18 Millionen Grenzdeutsche gezwungen, jenseits der Reichsgrenzen zu leben; weitere 22 Millionen sind Auslandsdeutsche der Vertretung. Wird es, angesichts der äußeren Ohnmacht des deutschen Staates und der Nationalisierungsbestrebungen der „Herrenvölker", überhaupt gelingen, das deutsche Volkstum jenseits der Staatsgrenzen auf die Dauer zu erhalten und vor Uebertrembung zu schützen? Wesentlich ist, daß, trotz der Staatsgrenzen, die innere Zugehörigkeit des Grenz- und Auslandsdeutschtums zu Deutschland, sein großbeutsches Kulturgefühl nicht unsichtbar wird, nicht verloren geht.

Auch vor dem Kriege bestand sich Staat und Volk nicht; aber der Deutsche, insbesondere der Reichsdeutsche, wußte das kaum. Die Grenzen des deutschen Staates der Vorkriegszeit schienen dem Deutschen für die Ewigkeit festgelegen; das deutsche Volk dachte im großen und ganzen staatsbürgerlich — anders als die benachbarten Völker, die das Gespenst des Pangermanismus verfolgte. Im eigenen Lande politischen Hiebe zu werden. Der Deutschösterreicher z. B. galt dem deutschen Reichsbürger als Ausländer, von dem Deutschösterreichischen Staat ganz zu schweigen, der freilich das durch sein Bündnis mit der österreichisch-ungarischen Monarchie dazu verpflichtet war, für das Deutschtum jenseits seiner Grenzen, keineswegs, die spezifische Korrektheit überschreitendes Interesse zu zeigen. Das großdeutsche Gefühl, das der Bewegung von 1848 noch ihren politischen Schwung gegeben hatte, schien endgültig abgestorben.

Kriegszeit und Friedensdiktate zerbrachen die alten Staatsgrenzen. Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie gab Anlaß, neu zu erkennen, daß der kleindeutsche Staat das deutsche Volkstum nicht umfaßt hatte. Das Bewußtsein Deutschösterreichs zum Reiche, das nicht erfüllt wurde, belebtet die Wiedergeburt des großdeutschen Gedankens. Ungeduld und Not erst machen die Bahn frei für längst Verschüttetes. Reichsdeutscher Boden wurde in West, Ost und Nord abgetrennt und fremdes Staatsgebiet; auch der Reichsdruck wurde zerbrochen und Volkstum sich kund nun im Deutschösterreicher, im Sudetendeutschen, im Südtiroler, den Schicksalsgefährten. „Die Nöte der deutschen Staaten, heißt es, sind das deutsche Volkstum das geschlossen deutschen Siedlungsgebietes einmal umfassen wird, wurde lebendig und mit ihr die über die Funktionen des Staates hinausgehende volksbeutsche Aufgabe: das Volkstum, den volksdeutschen Raum zu wahren.

Erst wenn man sich das volksdeutsche Problem in seiner ganzen Dringlichkeit, Weite und Wichtigkeit vor Augen stellt, läßt sich erkennen, wie wenig sich das Deutschtum vor 1914 politisch und kulturell für solche Aufgaben gerüstet, wie wenig es sich überhaupt mit jenen Grundfragen seiner selbst beschäftigt hatte, wie wenig es über sich selbst Bescheid wußte. Ist aber die Erhaltung des deutschen Volkstums die ersteigende Aufgabe jeder zukünftigen deutschen Staatswerdung, so gilt es, die neue großbeutsche Gesinnungseinheit, die der Zusammenbruch zweifellos brachte, zu festhalten und zu vertiefen. Die Grenz- und Auslandsdeutsche Schutzarbeit hat in den ersten Jahren der Nachkriegszeit nur auf kurze Sicht gearbeitet; die Probe, die dem Grenz- und Auslandsdeutschtum gestellt ist, wird härter und länger sein. Dementsprechend muß das geistige Rüstzeug, das dem kämpfenden Deutschtum zur Verfügung steht, dauerhafter gestaltet werden, bedarf die politische und kulturpolitische Grenzarbeit einer geistigen Ergänzung, die bisher fehlte; muß auch die Wissenschaft aus ihrer Abseitigkeit heraus an die aktuellen Lebensfragen des deutschen Volkstums herangezogen werden, damit alle Kräfte in den Dienst der Sache gestellt sind. In der durch sechsjährige praktische Erfahrung gewonnenen Erkenntnis, daß die Zusammenfassung der geistigen Kräfte der Gesamtnation für die erfolgreiche Weiterführung des grenz- und auslandsdeutschen Abwehrkampfes notwendig ist, hat nunmehr der Deutsche Schutzbund in seinem Büchern des Deutschtums eine umfassende Sozio-graphie des Deutschtums in Angriff genommen, um so für die Selbstbesinnung des deutschen Volkes das geistige Fundament zu stärken; der erste Band dieser Büchereihe, „Volk unter Völkern"[*]) liegt bereits vor. Und hier sind in der Zahl der Politiker und Gelehrte, der Volkswirtschaftler und Tagesschriftsteller, der Geograph und Soziograph zu lebendiger Gemeinschaft — die Besten des deutschen Volkstums zusammengebracht worden. Der Raum verbietet, auf die Werte dieses völlig neuartigen Werkes einzugehen. Aber dieser erste Band gibt Gelegenheit, Auseinandersetzung durch die Vielfältigkeit der Probleme, die vom Standpunkt des Volkstums aus im deutschen und europäischen Raum noch ungelöst liegen. Klar gliedert sich das Gesamtwerk, der immer wieder über Fragen der modernen Geschichte, über Völker und Minderheiten Ausblick faßt, nicht an diesem Buch die einzelnen Bände können. Das ist kein Werk toter Wissenschaft, nur dem Zünftigen zugänglich; sondern unmittelbar aus dem tragischen Daseinskampf des deutschen Volkes erwachsen, wird die Lebendigkeit und Kraft des Erlebnis praktischer Arbeit vereinend. Nachdem der Deutsche Schutzbund über sich selbst und seine Arbeit Rechenschaft gegeben hat, führen diese Bücher in die Gesamtheit der deutschen Grundfragen und Lebensnotwendigkeiten ein, in die komplizierte Entwicklung des deutschen Grenz- und Kulturlandes, die Zusammenhänge von Volkstum und Politik, Geschichte und Wirtschaft, dabei immer das Beispiel der fremden Völker heranziehend. Der Mitarbeiter aller geologischen, geschichtlichen und wirtschaftlichen Betrachtungen aber sieht immer wieder die Frage, welche die Bielgestaltigkeit des deutschen Daseinskampfes auf die eine Formel bringt: ist unser Volk unter umstände, sich zu vermehren, oder sind wir zum Rückgang gleich Frankreich verurteilt? Denn das ist, mit Ausnahme weniger Jahre in seiner Einführung hervorhebt, das Entscheidende für Volk und Reich: Ist kein innerer Ueberdruck mehr da, so freibt jenes Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen zu neuem Leben, wie die Grundlagen jeder mit größeren Zeitraumen rechnenden Politik sind dann erschüttert. Durch solche Fragestellung hoffen wir die heutige Gedankenverfassung aufzurütteln, die Gedankenlosigkeit zu gegen das politische Gedankenflüchtige unserer Tagespresse und unserer Volksversammlungen. Jeder Verbrei und Blässe wollen wir die Darstellung der Volksgenossen unter Fragen ist und wie sie werden soll, entgegensetzen, und die leidenschaftliche Verbindung des Geistes, der unser Vorstellen beherrscht, durch Erweiterung der Blickstellung überbrücken.

Volksvermehrung oder Rückgang? Leben oder Tod? Die endgültige Antwort auf diese Schicksalsfrage kann kein Buch geben, sie liegt beim Volke selbst. Aber, daß sie fällt mit Rücksichtslosigkeit gestellt und durchleuchtet wurde, ist schon eine Tat, die Zukunft bereitet. Es geht den Völkern wie dem einzelnen. Und nur ein Volk, das sich selbst, sein Schicksal und auf die uneingeschränkte Mitarbeit der Reichsregierung an einem Werk rechnen können wird, das den Weltstreben in so hohem Maße betrifft.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Vittorio Scialoja."

Ferner ist der Einladung das

Arbeitsprogramm der Kommission

beigefügt, das nachstehend in Ueberfassung wiedergegeben ist. Es ist ein Verzeichnis der Fragen, die der vorbereitenden Kommission zu unterbreiten sind.

Frage I.

Was ist unter Rüstungen zu verstehen?

a) Begriffsbestimmung der verschiedenen militärischen, wirtschaftlichen, geographischen usw. Faktoren, von denen die Stärke eines Landes in Kriegszeiten abhängt.

b) Bestimmung und Angabe der Besonderheiten der verschiedenen Faktoren, die die Rüstung eines Landes in Friedenszeiten ausmachen; verschiedene Rüstungsarten (Heer, Flotte, Luftstreitkräfte), Art der Ausbildung, der Ausbildung, sonstige Organisation, die unmittelbar militärisch verwendet werden können usw.

Frage II.

a) Ist es möglich, die etwaige Rüstung eines Landes einzuschränken, oder sollen sich die Rüstungsmaßnahmen nur auf die Friedensrüstungen beziehen?

b) Was ist unter Herabsetzung oder Beschränkung der Rüstung zu verstehen?

c) Verschiedene Formen dieser Herabsetzung oder Beschränkung für die Land-, See- und Luftstreitkräfte; Vorteile oder Nachteile jeder der verschiedenen Formen oder Methoden. z. B. Verminderung der großen Friedensheimbeiten oder ihrer Truppenstärken und des Materials, mit dem sie ausgerüstet sind, sowie irgendwelcher Munitionsbestände, die sofort mobilisiert werden können; Herabsetzung der Dauer des offiziellen Dienstes, Verminderung der Kriegsmaterialien, Herabsetzung der Kosten der Landesverteidigung usw.

Frage III.

Nach welchen Regeln kann man die Rüstung eines Landes mit der eines anderen vergleichen, z. B. Truppenstärke, Dienstzeit, Material, Kosten usw.?

Frage IV.

Gibt es „offensive" und „defensive" Rüstungen? Gibt es eine Methode, nach der man feststellen kann, ob eine bestimmte Truppenzahl in defensivem Geiste organisiert ist (ohne Rücksicht auf die Art ihrer Verwendbarkeit in Kriegszeiten) oder ob sie in aggressivem Geist aufgestellt ist?

Frage V.

a) Nach welchen Grundsätzen ließe sich zwischen den Rüstungen, die jedem Lande zugeteilt werden könnten, ein Verhältnis herstellen? Dabei wäre besonders zu berücksichtigen: Einwohnerzahl, Bevölkerungsdichte, geographische Lage, Ausdehnung und Art der Seegrenzen, Dichte und Beschaffenheit des Eisenbahnnetzes, Verkehrsweg der Grenzen und Verbindungen, großer industrieller Zentren in ihrer Nähe, etwerbliche bei den einzelnen Staaten verändernde Fristen für Umbau und Ersatz in Kriegszeiten, Grad der Sicherheit, die der Staat im Falle eines Angriffs auf Grund der Bestimmungen der Verbundung und oder besonderer, ihm gegenüber eingegangener Verpflichtungen zu erwarten hat.

b) Kann die Festsetzung der Rüstungen dadurch gefördert werden, daß man die Möglichkeit der Ermittlung eines Verfahrens prüft, das gestattet, im Augenblick eines einzigen Vorgriffs das Schwerste Einsetzen der in Art. 16 der Völkerbundsordnung vorgesehenen gegenseitigen wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung zu erleichtern?

Frage VI.

a) Kann man „geheimen Zivil- und Militärflugzeugen" unterscheiden? Wie läßt sich, wenn eine solche Unterscheidung unmöglich ist, der Wert der Friedensflotten und der Wert ihrer militärische Wert von Zivilflugzeugen einschätzen?

b) Ist es möglich oder wünschenswert, die Schiffsgeschwindigkeit und Geschwindigkeit für Kriegszeiten und Friedenszeiten zu vergleichen?

c) Kann man bei der Bewertung der Seemacht einer Nation den militärischen Wert der Handelsflotten einschätzen?

Frage VII.

Angenommen, daß die Abrüstung von der Stärke der Heere abhängt, inwieweit läßt sich die örtliche Abrüstung als Folge der örtlichen Sicherheit durchführen? Oder muß jeder Abrüstungsplan als unbrauchbar angesehen werden, wenn er nicht allgemeine Gültigkeit hat? Läßt sich, wenn die örtliche Abrüstung unmöglich ist, auf diesem Wege die allgemeine Abrüstung erreichen?

Wenn die Sicherheit eines Landes, das sich zurzeit in Kairo befindet, der von ihm ein Telegramm aus Peddo erhalten, daß die Wahabitenstämme nach der Abdankung des Königs Ali gewählt am Sonnabend ohne Kampf in Peddo eingezogen sind.

Sonntag, 20. 12. (Eigenbericht.)

Auf eine Anfrage im Unterhaus bestätigte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes die Abdankung des Königs Ali Hedschas. Von Ibn Saud selbst habe die britische Regierung keinerlei Mitteilung erhalten.

kbg. Wien, 21. 12. (Eigenbericht.) Dem Wiener Historiker und Universitätsprofessor Dr. Heinrich Siebik ist von den Universitäten Bonn und Köln gleichzeitig ein Ordinariat angeboten worden. Das Preußische Unterrichtsministerium hat dem Gelehrten freigestellt, für welche der beiden Universitäten er sich entscheiden will.

[*]) Volk unter Völkern, Bücher des Deutschtums, Band 1, für den Deutschen Schutzbund herausgegeben von Dr. K. C. v. Loesch, in Zusammenarbeit mit H. Hillen Ziegfeld, Verlag Ferdinand Hirt, Breslau.

Die Einladung zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz.

Der Wortlaut der Note.

Der Vorsitzende des Völkerbundsrats Senator Vittorio Scialoja hat am 19. Dezember d. J. an den Reichsaußenminister folgendes Einladungsschreiben gerichtet:

„Herr Minister! Im Namen des Völkerbundsrats beehre ich mich, die Reichsregierung einzuladen, sich in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungsfrage vertreten zu lassen, die durch den Rat auf Grund einer Entschließung vom heutigen Tage gebildet worden ist, und die am 15. Februar 1926 in Genf zusammentreten soll.

Eine der diesem Schreiben beigefügten Urkunden enthält die vollständigen Angaben über die Zusammensetzung und über die Tätigkeit dieser Kommission, zu der, außer den Staaten, die Mitglieder des Rates sind, folgende Nationen eingeladen worden sind: Bulgarien, Vereinigte Staaten von Amerika, Finnland, Niederlande, Polen, Rumänien, Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Die Kommission soll behufs Feststellung, Ausarbeitung der technischen (militärischen und nichtmilitärischen) Organisationen des Völkerbunds sowie aller Verfassungsfragen, deren besondere Sachkunde nach Auffassung der Kommission geeignet sein könnte, ihre Arbeiten über irgendeine Frage zu erleichtern.

Die Aufgabe der Kommission

soll in der Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz bestehen, deren Einberufung für einen möglichst baldigen Zeitpunkt ins Auge gefaßt ist. Die Kommission soll Fragen der nachstehenden Art untersuchen:

die verschiedenen Faktoren, von denen die Stärke eines Landes in Kriegszeiten abhängt:

die Frage, ob es möglich ist, die etwaige Kriegsrüstung eines Landes einzuschränken, oder ob man sich mit Beschränkung der Friedensrüstung begnügen muß;

die verschiedenen Formen, in denen die Herabsetzung oder Begrenzung der Rüstungen für die Land-, See- oder Luftstreitkräfte vor sich gehen kann;

die Vorteile oder Nachteile dieser Formen;

die bei einer Vergleichung der Rüstungen eines Landes mit denen eines anderen Landes zu berücksichtigenden Regeln;

die Möglichkeit der Festsetzung, daß die Bewaffnung eines Landes in sein defensives Geist organisiert ist, oder im Gegensatz hierzu in Angriffsweise Geistes;

die Grundsätze, nach denen man ein Verhältnis zwischen der Rüstung herstellen könnte, die den verschiedenen Ländern zuerkannt werden könnte, unter Berücksichtigung der Art der Herstellung dieser Grundsätze berücksichtigt werden müßten, wie Bevölkerung, Hilfsquellen, geographische Lage, Verkehrsverbindungen, Beschaffenheit der Grenzen, notwendige Fristen für die Umwandlung der Friedens- in Kriegsrüstung, Grad der Sicherheit usw.;

die etwa bestehenden Nichtlinien, die eine Unterscheidung zwischen Militär- und Zivilflugzeugen zulassen;

die Bemessung des militärischen Wertes der Handelsflotten;

die Beziehungen zwischen der örtlichen Sicherheit und der örtlichen Abrüstung einerseits und der örtlichen und allgemeinen Abrüstung andererseits.

Das vollständige Programm der vorbereitenden Kommission befindet sich in einer der diesem Schreiben beigefügten Urkunden.

Das Lange und vorzügliche Studium, das der Völkerbundsrat der Abrüstungsfrage gewidmet hat, hat an dem einstimmigen Beschluß geführt, daß diese Frage angesichts des politischen, wirtschaftlichen und technischen Umfangs der durch sie berührten Probleme nur dann mit der sicheren Hoffnung auf eine vollständige Lösung in Angriff genommen werden kann, wenn sie in ihrer Gesamtheit und unter Mitwirkung aller Nationen geprüft wird. Die Frage, die Gegenstand einer Prüfung bilden müssen, beziehen sich auf alle Seiten des Problems und gehen alle Nationen der Erde an. Nach Auffassung des Rats müssen die Arbeitsweise und die Organisationen für das Studium dieser Frage einen nicht weniger universellen Charakter zeigen. Aus diesen Gründen, wie auch aus den besonderen Gründen, die sich aus der

großen Bedeutung Deutschlands

für diese Fragen ergeben, legt der Rat den größten Wert auf die Anwesenheit der Reichsregierung nicht nur bei der einzuberufenden Konferenz, sondern auch bei den vorbereitenden Arbeiten, die nach seiner Auffassung für den Erfolg der Konferenz unerläßlich sind.

Der Rat hält den Zeitpunkt für das Studium der praktischen Möglichkeiten einer Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen unter Billigung und Verantwortung der Regierungen für gekommen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er in dem Augenblick, in dem alle Nationen der Erde diese gemeinsame Notwendigkeit erkennen, seine Gefahr erkannt hat, kann kämpfen und leben.

Werner Wirths.

Erkrankungen des Kaisers von Japan.

London, 22. 12. „Daily Telegraph" meldet aus Tokio: Einem offiziellen Bulletin zufolge hat der Kaiser, der am Sonntag einen Anfall von Nachtsinnlosigkeit erlitt, eine ruhige Nacht verbracht.

Sowjetrußlands Bauernpolitik.

Die neue Wirtschaftspolitik ein strategisches Manöver.

Moskau, 27. 12. (Telegr.-Ag. d. Sowjetunion.) Im seinem Korreferat zum Bericht des Zentralkomitees erklärte Sinowjeff auf dem kommunistischen Parteitag, er sei weit davon entfernt, die politischen Seiten der neuen Wirtschaftspolitik, die zum raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau geführt haben, zu leugnen.

Er wies auf die Erfolge der sozialistischen Aufbaus hin, welche jedoch Dienst und an der Möglichkeit eines endgültigen Aufbaus des Sozialismus der wirtschaftlich zurückgebliebenen Sowjetunion bei der gegenwärtigen internationalen Lage, die durch die Verzögerung der Weltrevolution und eine verhältnismäßige Stabilisierung des Kapitalismus gekennzeichnet. sei.

Sinowjeff erklärte, daß er nicht gegen die neue Wirtschaftspolitik, sondern neuen gewisse Gefahren ihrer Erweiterung und Versuche ihrer Idealisierung als

unrichtig sozialistische Wirtschaftsform

ankämpfe. Sinowjeff wandte sich Verwurf der Unterschätzung der Rolle der mittleren Bauernschaft zurück und erklärte (eine volle Solidarität mit den Parteischriften in der Bauernpolitik. Er betonte die Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, warnte jedoch der einer Unterschätzung der Gefahren, die seitens der wirtschaftlich erstarkenden Großbauernschaft wie überhaupt aus den Schwierigkeiten der nächstwärtigen Wege drohten.

Nach Sinowjeff ergriff Bucharin das Wort. Er wandte sich gegen die Ausführungen des Referenten und erklärte, die Gegner der Auffassung des Zentralkomitees seien nicht imstande, der Bauernpolitik der Partei, wie sie auf der 14. Parteikonferenz einstimmig beschlossen wurde, irgendwelche praktischen Verbesserungsvorschläge und irgendwelche neuen Maßnahmen zur Einbauung der Interessen der Großbauernschaft und zur Beseitigung der Armut auf den Dörfern entgegenzusetzen. Die gegenwärtige Bauernpolitik der Sowjetrußischen Partei sei eingestellt auf ein festes Bündnis mit der mittleren Bauernschaft, deren ausschlaggebende Rolle stets von Lenin betont worden sei, jedoch von Sinowjeff unterschätzt werde, dem lediglich die kleine Bauernschaft als Verbündeter gilt, und die Großbauernschaft. Das Mißtrauen Sinowjeffs und Kamenews gegenüber der Möglichkeit eines sozialistischen Aufbaus in einem Lande ohne internationale Revolution vertrate

Mißtrauen gegenüber den Kräften der Arbeiterklasse.

Indem Sinowjeff erklärte, die neue Wirtschaftspolitik sei ein allgemeiner Rückzug, widerstreite er den Leninschen Anschauungen, wonach die neue Wirtschaftspolitik ein strategisches Manöver des sozialistischen Aufbaus sei. Heute sähen Sinowjeff und seine weniger Gesinnungsgenossen bereits den Zustand der Tatsache, daß Lenin von ihnen unrichtig dargestellt, als ob die sozialistische Staatsindustrie bei Einführung der neuen Wirtschaftsverhältnisse der Produktionsmittel beraube. Lenin und die Partei hätten nur verschiedene und kompromißbereiteste für staatskapitalistische Wirtschaftsformen Bukharin forderte dieienigen, die an dem Zentralkomitee Kritik übten, auf, auch die übrigen Referenten einzuwirken und drückte unter lebhaften Beifall des Parteitages die feste Ueberzeugung aus, daß die Wendung von der alten sozialistischen Parteipolitik doch einmütig überwunden werden wird.

Rumäniens verfehlte Agrarpolitik.

Bukarest, 22. 12. (A. O. D.) In der Kammer sprach Abgeordneter Hedrich nannen der Deutschen Parlamentsfraktion über die Agrarpolitik und Budget. Er führte aus, daß auch im diesjährigen Budget die unrichtige Aufstellung der grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik, von der sich die Regierung Bratianu während der letzten vier Jahre habe leiten lassen, für sich zum Ausdruck komme. Die Prinzipien einer rationellen und ertragreichen Wirtschaftsführung hätten auf vielen Gebieten hinter politische Erwägungen zurückstehen müssen. Besonders deutlich trete dies im Verhalten der Regierung gegenüber der rumänischen Landwirtschaft und Industrie und in der Stützungspolitik der rumänischen Valuta hervor. Die

Durchführung der Agrarreform

sei überstürzt und unvollkommen, denn man habe nicht daran gedacht, daß der Bauer nicht nur Grund und Boden, sondern auch Vieh und Ackergeräte und Baustoffe benötige. Außerdem sei die Bodenreform behindert in den neuangegliederten Gebieten, die in einer Weise durchgeführt worden, die dem sozialen wirtschaftlichen Zwecke des Gesetzes direkt widersprechen.

Dies alles habe zur Folge, daß die Landwirtschaft, der doch in Rumänien die bedeutendste wirtschaftliche Stelle zufallen sollte, heute nicht imstande sei, ihre Aufgabe gerecht zu werden. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und der Ausfuhr sei direkt den Regierungsmaßnahmen.

Was die Industrie anbelangt, so zeige die Regierung das deutliche Bestreben, einzelne Industrien zum Schaden anderer zu bevorzugen und künstlich großzuziehen, ein Vorgang, der den elementarsten Wirtschaftsgesetzen widerspreche. So habe man es beispielsweise durch die Festsetzung unmäßig hoher Preise für das Erdgas den siebenbürgischen Industrien unmöglich gemacht, diesen an und für sich billigen Betriebsstoff für ihre Unternehmungen in rationeller Weise zu verwenden; dies offenbar in der Absicht, um die Benzinproduktion zum Ausdruck kommen. Die rumänischen Industrien zugunsten von Industrien in anderen Teilen Rumäniens zu drosseln. Diese falsche Gesetzgebung habe die deutsche rumänischen Volkswirtschaft. Die Steuerpolitik der Regierung gelege nach vorrunsichtigen Anfängen zunächst neuerdings das Bestreben, die indirekten Abgaben übermäßig zu erhöhen und dadurch die Bevölkerung auf die minderbemittelte Bevölkerung abzuwälzen.

Lloyd Georges agrarpolitische Studien.

fr. Mailand, 22. 12. (Eigenbericht.) Lloyd George befindet sich seit zwei Tagen in Rom. Er erklärte, er wünsche nicht, sich mit Politik abzugeben. Den Besuch des italienischen Ministerpräsidenten wird aber seitens der italienischen Presse große Bedeutung beigemessen. So schreibt die „Tribuna", daß Lloyd George die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren beabsichtige, um sich dann gegebenenfalls auf Grund hiesiger Erfahrungen vorwendig für die englischen Großgrundbesitz zu wenden. Er strebe eine intensive Bebauung des Bodens und damit eine Verminderung der bezüglichen Einfuhr an.

Neue Sturmszenen in Prag.

Die deutschfeindlichen Straßenkundgebungen.

kbg. Wien, 22. 12. (Eigenbericht.)

Der Führer der Slowakischen Volkspartei, Abgeordneter Pater Hlinka, hat im Prager Parlament die Erklärung abgegeben, daß seine Partei niemals von der Forderung der vollen Autonomie der Slowakei abstehen werde. **Die beiden slawischen Völker der Tschechoslowakei, Tschechen und Slowaken, seien niemals ein einheitliches Volk geweesen.** Der Wiederaufbau unterbrochene Pittsburger Vertrag, der den Slowaken für den Fall ihres Eintritts in den „tschechoslowakischen" Staat die Autonomie bestimmt zugesagt habe, müsse wohl eingeführt werden; früher werde kein volksbewußter Slowake in die Regierung eintreten. Die gesamte Opposition nahm die Rede allgemein mit großem Beifall auf.

Prag, 22. 12. (Ts. Z. B.) Die gesamte deutsche, slowakische und kommunistische Opposition in Stärke von 140 Mann hat im Abgeordnetenhaus einen Anklageantrag gegen den Ministerpräsidenten und den ehemaligen Eisenbahnminister wegen der im Sudetenlande und Mähren vorgekommenen Gesetzwidrigkeiten eingebracht. Der Antrag richtet sich nicht nur gegen die an den deutschen Beamten, sondern auch gegen die an mißliebigen tschechischen Beamten begangenen Ungerechtigkeiten. Im Abgeordnetenhaus kam es bei Verlesung des Anklagentwurfs zu Sturmszenen. Das Regierungsprogramm wurde nach Abschluß der Debatte mit 159 gegen 117 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Prag, 22. 12. (T. U.) Während der Sitzung des Abgeordnetenhauses versammelten sich heute die tschechischen Faschisten auf dem Wenzelsplatz, um demonstrativ gegen die Deutschen Prags zu demonstrieren. Starke Polizei- und Gendarmerieabteilungen hinderten die Straßen ab, so daß Zusammenstöße vermieden wurden. Die Faschisten zogen zum Abgeordnetenhaus, wo eine Abordnung zum Präsidenten des Hauses gelangte und bei der Besprechung der deutschen Abgeordneten forderte. Die Polizei zerstreute später die Demonstranten.

Keine Revision des Dawes-Plans.

Erklärungen des Reparationsagenten.

a. Paris, 22. 12. (Eigenbericht.)

Dem „Petit Parisien" gelingt Barker Gilbert zu seiner Rückkehr in Paris auf die Frage bezüglich der Gerüchte eines Revision des Dawes-Planes kurzweil erklärt, daß keinerlei Abänderungen an den Zahlungen der deutschen Reparationsraten vorgesehen seien. Nach einer prozentuarischen Abwesenheit von Amerika sei es natürlich, daß er auf einige Wochen Urlaub nach Amerika zurückkehre. Er werde aber die Gelegenheit seines Aufenthalts in Amerika dazu benutzen, um sich mit dem Vizepräsidenten Dawes und Owen Young über die Durchführung des Dawes-Planes zu besprechen.

Barker Gilbert sagte weiter u. a. noch folgendes: „Ich bin nicht gekommen, um über eine neue deutsche Anleihe zu verhandeln. Es ist eine feststehende Tatsache, daß die deutschen Zahlungen unter dem Dawes-Plan Jahres der Wirksamkeit des Planes mit einer ausländischen Anleihe finanziert werden mußten. Die beiden Hauptziele, der Reparationen und Sachverständigen ursprünglich erreicht worden sind, nämlich einen deutschen Haushalt von der Inflation und der Aufräche zu sichern Verhältnissen und in diesem Sinne als notwendig für die Zahlungen selbst herbeizuführen. Deutschland stellt jeden Monat mit der größten Pünktlichkeit die Zahlungen. Gleichzeitig arbeitet es hilfreich mit bei den Vorbereitungen für die künftigen Zahlungen, was den Strom von Lieferungen und Zahlungen an die Gläubigerstaaten fördern wird."

Wie der „Temps" erfährt, hält der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, die Unterschrauna der deutschen Eisenbahnobligationen für unmöglich, solange nicht das intraliierte Eisenbahnnetzen aufgelöst sei, ferner müßten die Obligationen wegen des Zinsdienstes weiter unter dem Parinert ausgegeben werden. Ich hätte hinsichtlich der Reparationsfragen in Höhe von zwei Milliarden Goldmark laffe sich vorläufig nicht durchführen.

Unter den 1200 Fabrikanten des „Leviathan" auf dem Gilbert die Ueberfahrt nach Amerika unternahm, befand sich auch der Gouverneur der Bank von Polen, Dr. Zdziechowski. Norman, der gestern Besprechungen mit dem Gouverneur der „Reserve Bank of New York" nach Amerika kam.

Die Budapester Kommunistenverhaftungen.

kbg. Wien, 22. 12. (Eigenbericht.)

Die Budapester Oberstadtkommandantschaft meldet, es sei ihr gelungen, einunddreißigmal, daß einige der in den letzten Tagen in Ungarn verhafteten Personen, die eine kommunistische Aktion planten, verbrecherischen Diebstahl der Wiener Sowjetgesandtschaft ständen. Es hätte sämtliche Kriminalbeamten nachgewiesen werden können, daß sie den einen Diebstahlsfall der Wiener Sowjetbotschaft seit Monaten eine Ueberfall und die Ermordung des Gesandten Norman, der gewesen Besprechungen mit dem Gouverneur der „Reserve Bank of New York" nach Amerika kam.

kbg. Wien, 22. 12. (Eigenbericht.) Wie aus Belgrad gemeldet wird, trifft dort am Donnerstag der türkische Außenminister Tewfik Ruschdy Bey ein. Er will der allem über die ottomanischen Schulden verhandeln.

Die Lage der älteren Angestellten.

Von

Dr. Joachim Tibertius,

Oberreg. Rat a. D., M. d. R. W. D. R.

Die Entwicklung der Arbeitslosenziffern hat in letzter Zeit Beachtung und Sorge auch an solchen Stellen hervorgerufen, die der Sozialpolitik sonst nicht ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Wenn die Zahl der unterstützten Arbeitslosen vom 1. bis 15. November um 29,5 %, auf 471 000 Köpfe, gestiegen ist, so schließt dies eine Menge schwerer sozialer Aufgaben und finanzieller Belastungen in sich. Diese soziale Ausdrucksform der bestehenden Wirtschaftskrise ist zweifellos ihre ernsteste und gefährlichste Seite. Wenn man auch das Verschwinden unwirtschaftlich arbeitender Betriebe als einen unvermeidlichen Vorgang der Wirtschaftsauslese, als ein Symptom der Gesundung ansehen will, so herrscht einem solcher Optimismus gegenüber dem Schicksal der Menschen, die dadurch erwerbslos werden. Die Ueberleitung in andere Berufe ist schwierig in einer Zeit, in der die Krise nicht einzelne Wirtschaftszweige ergriffen hat, sondern allgemeinen Charakter hat. Insbesondere ist die Unterbringung erwerbslosen Angestellter schwierig, da bei Verringerung der Arbeitnehmerzahl und bei Zusammenlegung von Betrieben in erster Linie am Büropersonal und an den Bewirtungsstellen gespart wird, ehe man zur Entlassung von Arbeitern oder Technikern schreitet. Die Arbeitnehmerverbände nehmen eine besondere Notlage der älteren Angestellten an, deren Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in letzter Zeit unverhältnismäßig und bedrohlich angewachsen sei.

Die Reichsarbeitsverwaltung hat neben ihren regelmäßigen Arbeitsmarktbeobachtungen eine besondere Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten nach dem Stande vom 16. Juli 1925 durchgeführt. Der Fragebogen, welcher der Erhebung zugrunde lag, suchte zur genaueren Beurteilung der einzelnen Fälle nicht nur das Vorliegen einer Angestelltentätigkeit und die Dauer der Erwerbslosigkeit, sondern auch den beruflichen Charakter der letzten Beschäftigung sowie die allgemeine und fachliche Vorbildung der Angestellten zu erfassen. Durch freigeistige Aufbereitung des umgangenen Materials ist der Gehalt von Doppelzählungen entgegengewirkt worden, die aus der Zweiteilung der Verteilung der Fragebogen durch Reichsarbeitsverwaltung und Angestelltenverbände hätte entstehen können. Nach den vorliegenden Ergebnissen ist die Gesamtzahl von 66 965 stellenlosen Angestellten erzeugt über den allgemeinen monatlichen Statistiken von etwa 15 000 Köpfe ausgeschieden, was außer auf die Ausscheidung von Doppelzählungen auch auf die geringe Neigung der Angestellten zur Beantwortung amtlicher Fragen nach ihrem berufslichen Geschick zurückzuführen hin dürfte. Innerhalb der stellenlosen Angestellten entfällt der stärkste Anteil auf die Altersklasse der Altersklasse von 20—25 Jahren, die über 40 Jahre alten Stellenlosen machen 26,4 % der Gesamtziffer aus. Das weibliche Element ist wesentlich stärker an der Stellenlosigkeit der Angestellten vertreten, was die Reichsarbeitsverwaltung auf dem früheren Eintritt der weiblichen Angestellten in die Berufsarbeit und aus ihrem schnelleren Ausscheiden zurückführt.

Eine richtige Würdigung der Bedeutung, die dieser Anteil älterer Angestellter an der Gesamtziffer der Arbeitslosen hat, wäre nur möglich, wenn zuverlässige Ziffern über die Gesamtzahl der älteren Angestellten und über deren Altersgliederung vorlägen. Nach einer halbamtlichen Schätzung befanden sich in den Jahren 1925/26 35,10 % der versicherungspflichtigen Angestellten in der Altersklasse von 30 und 30 Jahren, etwa 26 % waren über 40 Jahre alt. Wenn diese Relationen auch Eine ganz zuverlässige sein, so würde der Anteil der über 40 Jahre alten Angestellten an der Gesamtziffer der Erwerbslosen den Anteil an der Gesamtziffer der Versicherungspflichtigen jedoch genau entsprechen, wobei allerdings erwähnt werden soll, daß ein größerer Teil der zurzeit erwerbslosen Angestellten eine versicherungsfreie Tätigkeit ausgeübt hat. Eine genaue Feststellung wird ohne Zweifel sein, wenn die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vorliegen werden. Soweit Berichte einzelner Unternehmerverbände erkennen l

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Lehrmeister (selbstständig und qualifizierte Angestellte) an.

Ein sehr ungünstiges Bild bietet weiter die gesetzliche Ausdehnung der Stellenlosigkeit. Am 16. Juli waren bereits 53,6 % der stellenlosen Angestellten länger als 6 Monate außer Stellung, d. h. sie bezogen nach den geltenden Bestimmungen normalerweise keine Erwerbslosenfürsorge mehr, sie müssen sich aber gewerkschaftlichen Mitteln mehr. Soweit die obersten Landesbehörden von der hinen gesetzlich eingeräumten Möglichkeit einer Verlängerung der Unterstützungsfrist bis zu 52 Wochen Gebrauch gemacht haben, wurden eine 31 % der Angestellten als in diesem Sinne „ausgesteuert" (Turnus a non lucendo) anzusehen sein. Eine 79 % der stellenlosen Angestellten hatten ein Bruttoeinkommen von mehr als 5 Jahren. 39 % waren verheiratet, 29 % hatten Unterhaltspflichten gegen andere Personen zu erfüllen, so daß der größte Teil der Angestellten noch eine Anzahl von ihnen abhängiger Personen in wirtschaftlichen und sozialen Niederung einbezog. Dieses Bild dürfte sich inzwischen mit der erheblichen Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit noch verschärft haben. Die Gesamtzahl der Stellenlosen entfällt auf kaufmännische Büroangestellte mit 83,6 %, technisch Angestellte können der Stellenlosigkeit leichter durch Uebergang in ein Arbeiterverhältnis entgehen.

So weit das traurige Bild der Lage. Ohne zur Besserung wird man nur richtig vorschlagen können, wenn man die Ursachen und eine zutreffende Vorstellung hat. Der erste Eindruck ist der, daß die stärkste Ursache der Notlage das Fortsalen der Unterstützungsbedürftigkeit bei der seit längerer Zeit erwerbslosen Personen ist. Für sie hat der Reichstag die Bereitstellung von 5 Millionen Mark beschlossen, eine Summe, die für Erwerbslosen recht gering, für das augenblickliche Defizit des Reichs recht hoch ist. Die Gemeinden werden es sich nicht nehmen lassen, weitere Hilfe aus Mitteln der Wohlfahrtspflege zu gewähren und daneben Notstandsarbeiten einzurichten, durch deren Annahme bekanntlich die Berechtigung zum Bezug von Erwerbslosenfürsorge neu entstehen kann. Die Beschaffung geeigneter Arbeitsstellen wird zwar durch den rasurjen Beschäftigungsgrad der meisten Wirtschaftszweige engstens begrenzt, soweit sie aber möglich ist, muß sie dadurch gefördert werden, daß die Arbeitgeber alle offenen Stellen den nichtgewerkmäßigen — nicht nur den öffentlich-rechtlichen! — Arbeitsnachweisen möglichst frühzeitig melden, und daß die Angestellten, und zwar gerade auch die seit längerer Zeit Erwerbslosen, durch ihre Verbände zu regelmäßiger Inanspruchnahme von Arbeitsnachweisen und Berufsberatungsstellen, auch zur Prüfung von Umschulungsmöglichkeiten angehalten werden. Fruchtlose Bemühungen dagegen empfehlen der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der D. H. V., wenn sie durch gesetzlichen Zwang erreichen wollen, daß jeder Betrieb im Deutschen Reiche, sofern er mehr als fünf Angestellte beschäftigt, ein Fünftel davon aus über 40 Jahre alten Personen entnehmen soll. Kein sachkundiger Beurteiler kann die Betriebe der öffentlichen und privaten Wirtschaft, ganz gleich, ob Behörde, Syndikat, Bergwerk oder Kolonialwarenladen, kamellen Schema unterwerfen, weder was die technische noch die soziale Möglichkeit der Beschäftigung älterer Angestellter anlangt. Von einer Abneigung der Arbeitgeber, ältere Angestellte zu beschäftigen, kann man auf Grund des vorhandenen Materials nicht sprechen, im Gegenteil wird der Arbeitgeber, jedenfalls für Posten, die Zuverlässigkeit und Erfahrung verlangen, ältere Leute bevorzugen. In Betrieben, die auf schärferes Arbeitstempo und Ausnutzung vorübergehender Konjunkturen angewiesen sind, wird die Neigung zur Beschäftigung älterer Angestellter vielleicht erhöht werden können, wenn die schematisch liegenden Dienstaltersgrenzen auf die unterste Tarifstufe beschränkt werden, in der keine Gelegenheit zu individueller Auszeichnung und Erlangung von Prämien besteht. Als ganz untauglisches Mittel muß es aber angesehen werden, daß der D. H. V. in den von ihm vorgeschlagenen Entwurf eine Verlängerung der Kündigungsfristen im Verhältnis zum Dienstalter und die Gewährung von Abfindungsgeldern beim Ausscheiden älterer Angestellten durch ein Gesetz gereglt sehen will. Eine Verlängerung der Kündigungsfrist für jüngere Angestellte ist in vielen Arbeitsverträgen zu finden, sie kann auch durch Tarifverträge geregelt werden, bei deren Abschluß sich die Vertreter noch der Lage des Berufszweiges und der wirtschaftlichen Möglichkeit eines solchen officium nobile einigermaßen richten können. Die Einführung eines gesetzlichen Zwanges welche aber dazu führen, daß Arbeitgeber, die einer schlechten Geschäftslage entgegensehen, vielen weniger vertrauten Angestellten noch rechtzeitig vor Eintritt des trüben Dienstalters und damit bereits entschädigen Abfindungen kündigen werden. Soll ein Betrieb, der zur Vermeidung einer Stillegung einigen Angestellten kündigt, diesen unter allen Umständen hohe Abfindungsgelder zahlen und dadurch vielleicht zu weiteren Entlassungen gezwungen werden? Soll man ein solches Gesetz auf dem Wege der Gesetzgebung ablehnen müssen, wenn man eine der dort ausgesprochenen Kündigungsfristen oder Abfindungssummen auf Grund späterer Erfahrungen vorzüglich findet?

Die Notlage älterer Angestellter ist aus der Depression der Gesamtwirtschaft entstanden, sie kann nur mit dieser endgültig beseitigt werden. Bis dahin werden Reich, Länder und Gemeinden jede ihnen zurzeit mögliche praktische Hilfe zu leisten haben. Zu einer grundsätzlichen Abänderung der sozialen Versicherungsgesetze eindeutig. Dieses Bild dürfte sich inzwischen mit der erheblichen Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit noch verschärft haben. Die Gesamtzahl der Stellenlosen entfällt auf kaufmännische Büroangestellte mit 83,6 %, technisch Angestellte können der Stellenlosigkeit leichter durch Uebergang in ein Arbeiterverhältnis entgehen.

So weit das traurige Bild der Lage. Ohne zur Besserung wird man nur richtig vorschlagen können, wenn man die Ursachen und eine zutreffende Vorstellung hat. Der erste Eindruck ist der, daß die stärkste Ursache der Notlage das Fortsalen der Unterstützungsbedürftigkeit bei der seit längerer Zeit erwerbslosen Personen ist. Für sie hat der Reichstag die Bereitstellung von 5 Millionen Mark beschlossen, eine Summe, die für Erwerbslosen recht gering, für das augenblickliche Defizit des Reichs recht hoch ist. Die Gemeinden werden es sich nicht nehmen lassen, weitere Hilfe aus Mitteln der Wohlfahrtspflege zu gewähren und daneben Notstandsarbeiten einzurichten, durch deren Annahme bekanntlich die Berechtigung zum Bezug von Erwerbslosenfürsorge neu entstehen kann. Die Beschaffung geeigneter Arbeitsstellen wird zwar durch den rasurjen Beschäftigungsgrad der meisten Wirtschaftszweige engstens begrenzt, soweit sie aber möglich ist, muß sie dadurch gefördert werden, daß die Arbeitgeber alle offenen Stellen den nichtgewerkmäßigen — nicht nur den öffentlich-rechtlichen! — Arbeitsnachweisen möglichst frühzeitig melden, und daß die Angestellten, und zwar gerade auch die seit längerer Zeit Erwerbslosen, durch ihre Verbände zu regelmäßiger Inanspruchnahme von Arbeitsnachweisen und Berufsberatungsstellen, auch zur Prüfung von Umschulungsmöglichkeiten angehalten werden. Fruchtlose Bemühungen dagegen empfehlen der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der D. H. V., wenn sie durch gesetzlichen Zwang erreichen wollen, daß jeder Betrieb im Deutschen Reiche, sofern er mehr als fünf Angestellte beschäftigt, ein Fünftel davon aus über 40 Jahre alten Personen entnehmen soll. Kein sachkundiger Beurteiler kann die Betriebe der öffentlichen und privaten Wirtschaft, ganz gleich, ob Behörde, Syndikat, Bergwerk oder Kolonialwarenladen, kamellen Schema unterwerfen, weder was die technische noch die soziale Möglichkeit der Beschäftigung älterer Angestellter anlangt. Von einer Abneigung der Arbeitgeber, ältere Angestellte zu beschäftigen, kann man auf Grund des vorhandenen Materials nicht sprechen, im Gegenteil wird der Arbeitgeber, jedenfalls für Posten, die Zuverlässigkeit und Erfahrung verlangen, ältere Leute bevorzugen. In Betrieben, die auf schärferes Arbeitstempo und Ausnutzung vorübergehender Konjunkturen angewiesen sind, wird die Neigung zur Beschäftigung älterer Angestellter vielleicht erhöht werden können, wenn die schematisch liegenden Dienstaltersgrenzen auf die unterste Tarifstufe beschränkt werden, in der keine Gelegenheit zu individueller Auszeichnung und Erlangung von Prämien besteht. Als ganz untauglisches Mittel muß es aber angesehen werden, daß der D. H. V. in den von ihm vorgeschlagenen Entwurf eine Verlängerung der Kündigungsfristen im Verhältnis zum Dienstalter und die Gewährung von Abfindungsgeldern beim Ausscheiden älterer Angestellten durch ein Gesetz geregelt sehen will. Eine Verlängerung der Kündigungsfrist für jüngere Angestellte ist in vielen Arbeitsverträgen zu finden, sie kann auch durch Tarifverträge geregelt werden, bei deren Abschluß sich die Vertreter noch der Lage des Berufszweiges und der wirtschaftlichen Möglichkeit eines solchen officium nobile einigermaßen richten können. Die Einführung eines gesetzlichen Zwanges

Die Pariser Krisengerüchte.

Stabilisierungsvorschlag der nordfranzösischen Industrie.

a. Paris, 22. 12. (Eigenbericht.)

Finanzminister Doumer hat hatte gestern abend eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Briand. Beim Verlassen des Ministeriums erklärte er den Journalisten, daß es heute nicht zu einer Bekanntgabe seiner Finanzpläne kommen werde, da sich der Ministerrat in seiner heutigen Sitzung hauptsächlich mit der an die Beamten zu verteilenden Summe zu beschäftigen habe, die vom Parlament bereits bewilligt wurde, und deren Auszahlung die Beamten bis Ende dieses Monats verlangt haben. Zur Beratung der Besprechung seiner Finanzpläne werde daher ein anderer Ministerrat notwendig sein.

Die Gerüchte, die von einer Krise innerhalb des Kabinetts in bezug auf diese Finanzprojekte wissen wollen, erklärten sich aus der Tatsache, daß gewisse Mitglieder des Kabinetts würden, so heißt es, erklären, insbesondere der Radikal Doumers, eine bedeutende Summe an die Beamten zu verteilen, wenn sie schon bewiesen nicht zustimmen zu können, weil sie bei den letzten Wahlen ihren Wählern die Schaffung der Umsatzsteuer versprochen hätten. Und Doumer feinerseits scheint nicht geneigt zu sein, die Steuerprojekte, die man auf der Grundlage der Rechten zu sehen vermutet, nach links hin abzuändern. Der sozialistische „Homme Libre" charakterisiert die Lage wie folgt: „Wir hören, daß der Finanzminister infolge seiner Projekte bei den Kartellmitgliedern auf Widerstand stoße. Man weiß nicht, ob nicht Bestimmungen mitgeteilt, die weder Doumer noch seine Kollegen vom Kartell ihre Forderungen die heut angekündigt worden sind. Man sieht wohl einen Zusammenstoß voraus, aber vielleicht endet dieser Zusammenstoß in der Verquickung der beiderseitigen Wünsche?

Die beiden Hauptinteressengruppen des französischen Handels und der Industrie, die „Vereinigung der Erzeuger" und die „Vereinigung der wirtschaftlichen Ausdehnung", haben ihre Forderungen über das Angebot der nordfranzösischen Industrielleute bereits; ihr Manifest bietet heute veröffentlicht Wortlaut. Im der Hauptsache dürfte dieses erklären, daß die beiden Organisationen das Angebot der Industriellen für würdig erachteten, durch die „Erzeuger" unterstützt zu werden, daß aber diese Angebot nicht als Grundlage eines finanziellen Gesundungsplanes dienen könne, sondern erst als die Krönung eines derartigen, von der Regierung ausgearbeiteten und durchgeführten Planes. Es kann kaum bezweifelt werden, daß die nordfranzösischen Industriellen vorgeschlagene Arbeitsoperation in Betracht gezogen werden.

Barometer der Kabinettsstabilität.

Paris, 22. 12. (EB. T. B.)

Bei der Abstimmung über die Vertrauensfragen erhielten Briand zum Schluß der Kammerdebatte über die französische Politik in Syrien stimmten 261 Abgeordnete dafür, 29 dagegen. 244 enthielten sich der Stimme; 29 wollten der Sitzung nicht bei. Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Zugestimmt haben 139 Sozialisten, 45 Radikale, 42 Sozialrepublikaner, 39 Mitglieder der radikalen Linken, 24 Unsrepublikaner, 16 demokratisch-republikanische Linke (Moulin). Abgeordnete 12 republikanisch-demokratische Vereinigung, 13 Demokraten (Sitzung), 7 Abgeordnete, die keiner Fraktion angehören. Gegen die Regierung haben stimmen 26 Kommunisten und drei keiner Partei angehörende Abgeordnete. Es enthielten sich der Stimme 5 Radikale, 96 Sozialisten, 4 Sozialrepublikaner, 10 Linksrepublikaner 20 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Linken, 100 Mitglieder der demokratisch-republikanischen Vereinigung, ein Demokrat, 18 Parteilose.

Doumers Steuerplan und die Kaufmannschaft.

a. Paris, 22. 12. (Eigenbericht.)

Die Kaufleute hielten gestern zwei Versammlungen in Paris ab und beschlossen, daß sie den neuen Steuerplan, die von ihnen verlangt werden, nur dann zustimmen, wenn sich diese für das Gleichgewicht des Budgets als unerläßlich erweisen sollten und von einer Regierung verlangt würden, die entschlossen ist, den Parteirechten wiederversuchen ein eine Politik der nationalen Einheit zu befolgen. Heftige Versammlungen wurden im ganzen Lande abgehalten und waren ein mit der Schließung der Geschäfte und selbst der Fabriken verbunden.

FEIST CABINET

Zustimmung zur Mossulpolitik.

Das Unterhaus nimmt den Genfer Entscheid an.

ex. London, 22. 12. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus trat gegen Mitternacht zur Abstimmung über den Genfer Schiedsspruch des Völkerbundsrates. Er wurde mit 299 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Opposition bestand aus der Liberalen. Die Regierung stimmten drei Liberale, die übrigen Liberalen und ein Teil der Konservativen enthielten sich der Abstimmung. Die Labour Party hatte, wie erinnerlich, bei Beginn der Rede Baldwins das Haus verlassen.

Baldwin wandte sich im größten Teil seiner Verteidigung gegen die Vorwürfe, daß die Regierung ihr Wort gebrochen habe, 1925 den Irak zu räumen. Er zitierte noch einmal alle seine Erklärungen und versuchte nachzuweisen, daß er darin immer die Möglichkeit offengelassen habe, einen neuen Vertrag mit dem Irak abzuschließen. Nichts anderes sollte jetzt geschehen. Wenn man den Spruch über die Mossulfrage nicht annehmen würde, so würde man damit dessen Autorität schwächen. Das sollten die anderen Nationen von den britischen Verpflichtungen gegenüber dem Schiedsspruch des Völkerbundsrates denken, wenn sie sich dieses Spruches nicht erfüllt würden. Jetzt hat also tatsächlich noch der Völkerbund Schuld daran, daß er England durch seinen Schiedsspruch in eine unangenehme Lage gebracht hat!

Baldwin behauptete dann, daß die Bedingungen des Schiedsspruches in keiner Weise die englische Politik berührten,

den Irak auf eigene Füße zu stellen.

Auf jeden Fall könne er sagen, daß England durch den Schiedsspruch in keiner Weise benachteiligt sei, noch Abhängigkeit des gegenwärtigen Vertrages im Jahre 1928 noch Geld für den Irak auszugeben der bei Truppen zu unterhalten.

Baldwin schloß, wie schon gemeldet, seine Rede sehr wirkungsvoll mit der Einladung an den britischen Botschafter in Paris, Corbin, am heutigen Dienstag zu besuchen, um auf der Basis des Völkerbundsschiedsspruchs einen gegenseitigen Vertrag abzuschließen, der Frieden und Freundschaft zwischen Europa, Irak und Frankreich-nachbarliche Beziehungen zur Türkei unterstreiche.

In der Debatte hatte Lloyd George die Eitelkeiten Aufklärung darüber, ob England sich eine für verpflichtet hielte, auf Grund des Vertrages von Versailles zu einem Schiedsspruch des Völkerbundes anzunehmen, und ob bei Ausbruch eines Krieges mit der Türkei die Völkerbundsnationen ihre Pflichten aus dem Schiedsspruch aus Zeitnahme verpflichtet seien. Beide Fragen wurden von Baldwin ausweichend beantwortet.

Das Ergebnis trägt Kolonialsekretär Amery, der sich auf Lord Curzon und Bonar Law berief und sich auf der Behauptung verstieg, daß

Oelinteressen

in keiner Weise eine Rolle gespielt hätten (!). Die Türken hätten ihre Ansprüche auf Mossul wie Bagdad, und England sei bereit, mit den Türken auf Grund der Rechte, die der Irak auf sie eingeräumt hat, über einen Garantievertrag zu verhandeln.

Zu den geplanten Verhandlungen mit der Türkei erklärte Amery, daß die Mossulfrage im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen werde. Ferner werde man sich über die Schaffung neuer Spannungen einigen, die nicht eine Zollbarriere sein dürfe. Außerdem sei kein Grund vorhanden, weshalb man nicht den Türken entscheiden könnte, daß sie bei Verkommen in Mossul anbieten könne. Der Grund für dieses freundliche Angebot ist freilich sehr unerfreulich. Die Türken wissen sonst, wie „Times" schreiben, mit ihrem Oelbesitz in völlige Abhängigkeit von Sowjetrußland. Die Türkei hat daher Sowjetrußland die Verpflichtung auf einen friedlichen Ausgleich auf Grund der Tatsache, daß Angora seine offizielle Stellungnahme zum Schiedsspruch immer noch zurückhält.

Aufrollen gegen den britischen Rundfunk.

Sydney, 22. 12. (Sonderdienst der DMZ.)

Die Zeitungsverleger haben beschlossen, den Nachrichtenmarkt zu sperren, wenn sie nicht zu erreichen gegen die Verbreitung von Rundfunknachrichten durch die britische Polizeibehörde. Die Sperrung bedeutet, daß keine Nachrichten mehr richtenlieferung, während die Zeitungsverleger bereits einen Dienst organisiert hätten, der täglich 80 000 Wörter verbreiten, für die Zeitungen, die die Verhältnisse in London kennen, betonen, daß die englischen Rundfunkmeldungen die Bemühungen der Rundfunkrechte Sprachrohr verbreiteten, für die die Australier große Summen bezahlt hätten. Die australischen Zeitungen hätten die Rundfunknachrichten zur Verfügung freigeben, übernahmen jedoch keine Garantie in der Frage des Rundfunkrechts.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Die Neuregelung ab 1. Januar.

Durch das Gesetz über die Senkung der Lohnsteuer vom 15. Dezember 1925 ist bekanntlich der Steuerabzug vom Arbeitslohn geändert worden. Die Neuregelung tritt am 1. Januar 1926 in Kraft.

Der bisherige steuerfreie Lohnbetrag von 960 RM. jährlich (8 RM. monatlich) ist mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab auf 1200 RM. jährlich (100 RM. monatlich) also um 240 RM. jährlich erhöht worden. Die Erhöhungen verteilen sich wie folgt:

Der bisherige steuerfreie Lohnbetrag von 960 RM. jährlich (50 RM. monatlich) auf 720 RM. jährlich (60 RM. monatlich) und die Werbekosten für Werbungskosten und Sonderleistungen werden von bisher je 180 RM. jährlich (15 RM. monatlich) auf je 240 RM. jährlich (20 RM. monatlich) erhöht.

Für die Berücksichtigung des Familienstandes finden wie bisher eine Berücksichtigung des Systems der progressiven Ermäßigungen mit dem der festen Abzüge statt. Bei den festen Abzügen für den Familienstand sind die Sätze für die Ehefrau und das 1. bis 3. minderjährige Kind unverändert geblieben. Dagegen sind die Sätze für die weiteren Kinder und bisherige Kind von bisher 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich) auf 720 RM. jährlich (60 RM. monatlich) und für das fünfte und die folgenden minderjährigen Kinder von bisher je 600 RM. jährlich (50 RM. monatlich) auf je 960 RM. jährlich (80 RM. monatlich) erhöht worden.

Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Veränderungen einrichten, damit sie in der Lage sind, den Steuerabzug vom Januar 1926 ab richtig zu berechnen. Die Eingeleiten der Arbeitgeberverbände ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei der Ortsverwaltung unentgeltlich abgeholt werden kann. Merkt, wie schon zum 1. Oktober 1925, in auch diesem Merkblatt wird ausführlich ausgearbeitet worden, aus der der Steuerabzug abgeleiten werden kann. Sie wird in den nächsten Tagen an alle Mitglieder der Ortsausschließlich durch die Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Oranienstr. 91, bezogen werden.

Schwierigkeiten in der Barmer Ersatzkasse.

ir. Barmen, 21. 12. (Eigenbericht.)

Ueber verfehlte finanzielle Transaktionen der Barmer Ersatzkasse wurde kürzlich in einem Kinzelmitgliedsversammlung der Ortsverwaltung, der in den letzten Jahren die Kassenmitglieder nicht geringes Aufsehen erregt. Der Hauptvorstand der mit mehr als 33 000 Mitgliedern versehenen, insgesamt 500 000 Versicherten über ganz Deutschland verbreiteten Barmer Ersatzkasse sowie der Vorstand der „Barmer Versicherungsbank" antworten in einer Erklärung, aus der folgendes von allgemeinem Interesse ist:

Daß von der Barmer Ersatzkasse in der Nähe von Detberg errichtete Bad Hermannsborn hat heut größere Summen verschlungen, als ursprünglich beabsichtigt worden, so daß vorübergehend eine starke Anspannung der Kassenmittel zur Folge, da die Barmer Ersatzkasse bekanntlich nur 1 Million Mark Hermannsborn benötigt worden, nicht aus ihren Rücklagen und den laufenden Mitteln zu nehmen gewesen, sie hat vielmehr fremdes Kapital mit Schwierigkeiten beschaffen war, die in der Zwischenzeit bestätigt sind. Ueber die einzelnen Gründe der Entwicklung ist der Aufsichtsrat der Barmer Ersatzkasse ordnungsmäßig unterrichtet worden, und bei im Jahre 1925 in Kraft abgehaltene Hauptversammlung hat, nachdem sie ihrem starken Unmut wegen der Kreditschwierigkeiten Ausdruck gegeben, den Hauptvorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erteilt.

Die Kassen haben zu einer Einschreiten des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung geführt, das bei der Barmer Hauptverwaltung der Barmer Ersatzkasse sowie die freiliche Entlassung eines Prokuristen forderte. Letzterer hat gegen seine frühere Entlassung gerichtliche Klage angestrengt. Ueber bei der Barmer Ersatzkasse, noch bei der Barmenia lagen irgendwelche gesetzliche Schwierigkeiten vor. Die Barmenia hat sich bereits bereit erklärt, für die Folge zu erwarten, da die Finanzierung von Bad Hermannsborn sorgfältig durchgeführt und unbedingt gewährleistet sei.

Theater-Spielplan

22. Dezember.

Opernhaus. Opernhaus, Kpgl. (888.) 6 Der Ringende Parsifal.

Renaissance-Th. 7 Kleine Ehemann.

St. Oper Charlottenburg Bismarckstr. 34/37. Dienstag, 22. 12., 8 Uhr: Rheinischer Frühling. 1. Theater Michael Bohnen Gastsp. Hofoperndirektor.

Trianon-Theater. 8 Kleinen Ehemann.

Kleines Theater. 8 Hintermann.

Schauspielhaus. (Gd.) 8 Carolina.

Berliner Theater. Gastspielsaal.

Schiller-Theater. 8 Der Gläubiger.

Th. in der Kom. 8 Die Ehe.

Deutsch. Theater. 71 Der Weiberfeind.

Kammerspiele. 8 Gestern Frühen Tanzen einer Nacht.

Thalia-Theater. 7 Hummerte.

Die Komödie. 8 Geistlichen.

Central-Theater. 71 Der Fremde.

Theat. d. Westens. 8 Der Graf von der Gleiche.

Theater am Nollendorfplatz. Geschäftsführer Dr. Domin.

Lessing-Theater. 4 Schwerpunkte.

Volksbühne. 8 Kolportage.

Wallner-Theater. 8 Kolportage.

Th. i. d. Königgrätzer Str. (Gastsp.-Bühne) 8 Die Uebervölkerung der Madonna.

Th. i. d. Klosterstr. (Gastsp.-Bühne) 8 Die Uebervölkerung der Madonna.

Rose-Theater. 8 Die Ehe des Herrn Mr. — Der eiserne Heinrich.

Theater d. Jahrhunderts. 8 Kleinen Ehemann.

Lustspielhaus. 8 Kleinen und Feinsteinen.

Hernfeld-Theat. 8 Graf Cern-Ro. 3.

Metropol-Theat. 8 Kleinen Ehemann.

Hallo-Revue. Theaterin Admiralspalast. 71 Schwarz Weiße 8.5.

Gr. Schauspielhaus. 3½ Amerikaretmann Weihnachtsmarkt. 81 Für Frau.

Dt. Kunstlerthea. 71 Die Terrelina.

Komödienhaus. 8 Kopf oder Schrift.

Theat. am Schiffbauerdamm. 8 Die Ehe des Herrn Mr.

Nelson-Theater. 8 Kleine Comtesse.

Metropol-Theat. 8 Kleinen Ehemann.

Konzerte

22. Dezember.

Philharmonie. 7 Einsatzkonzert-Aufführung, Bach, Weihnachtsoratorium. Diria. Prof. Schumann.

Film-Spielplan

22. Dezember.

Alhambra. 4, 6 u. 9 Ein Mann Spielt 8 und 10.

U. T. Kurfürstendamm. 7 u. 9 Das Mädchen mit der Prinzessinkrone.

Apollon. 4, 6 u. 9 Der Dieb von Bagdad.

U. T. Mozartsaal. 5, 7 u. 9 Peter Pan und Der sprechende Film.

Kammerlichtsp. 5, 7 u. 9 Die zweite Mutter.

U. T. Turmstr. 5, 7 u. 9 Peter Pan und Der sprechende Film.

Marmorhaus. 5, 7 u. 9 Der Weg zur Beldammnis.

U. T. Tauentzienstrasse. 5, 7 u. 9 Der Sohn des Scheichs.

Richard-Oswald-Lichtspiele. ab 4 Das Geheimnis von Spittelmarck.

U. T. Nollendorfplatz. 5, 7 u. 9 Die eiserne Braut. Film. 9 Urwald im Urwald. Film.

Picadilly. Bismarckstr. 101 u. 9 Eine Minute vor Zwölf.

Urania. Theater: 5 u. 7 Die Frau m. d. Scheichter Mut.

Primus-Palast. 5, 7 u. 9 Gelb Gelbe in der Nacht.

U. T. Friedrichstadt. 5, 7 u. 9 Die Frau m. d. Scheichter Mut.

Schauburg. 5, 7 u. 9 Ein Mann Sterbtraum.

Ufa-Palast a. Zoo. 5, 7 u. 9 Die Tochter des Scheichs.

U. T. Königstadt. 5, 7 u. 9 Peter Pan und Der sprechende Film.

U. T. Kurfürstendamm. 7 u. 9 Das Mädchen mit der Prinzessinkrone.

Ufa-Palast a. Zoo. 5, 7 u. 9 Die Tochter des Scheichs.

U. T. Nollendorfplatz. 5, 7 u. 9 Die eiserne Braut. Film. 9 Urwald im Urwald. Film.

Hörsaal: 6 u. 8 Das Land der tausend Freuden.

SCALA 8 Uhr Internat.
VARIETÉ
An allen 2 Feiertagen
2 Vorstellungen
zu ermässigten Preisen.
Heiligabend geschlossen!

Der Fall Morriß.

Von unserem Berichterstatter.

ex. London, im Dezember.

In einer rauhen Oktobernacht fanden Polizisten auf der Landstraße in Sussex ein weinendes Mädchen, das sich als Morriß, das sie mit zur Polizeistation nahmen. Es dauerte lange, bis aus dem kleinen Ding endlich herauszubekommen war, was ihr geschehen war. Die Folge war die Verhaftung von Hayley Morriß, einem reichen Grundbesitzer von 57 Jahren, und seiner Tochter Joyce, einem Mädchen von Roberts. Der Prozeß, der seit 8 Wochen die englische Oeffentlichkeit stärker beschäftigt, als Mussolinis oder der Mussolinis, ist jetzt zu Ende. Morriß ist wegen Verführung minderjähriger Mädchen in wenigstens 22 nachgewiesenen Fällen zu der Höchststrafe von 7 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt worden, seine junge Haushälterin wegen Beihilfe zu 9 Monaten Gefängnis.

Ueber die englische Sittenjournalistik hinaus, die diesen Fall, wie jeden Ehescheidungsprozeß, in der Presse breittritt, gibt der Fall Morriß/Roberts Psychologen und Soziologen ein Material, das sie in englischen Romanen und Dramen vergeblich suchen. Morriß, der Sohn eines reichen Kaufmanns mit ausgedehnten Interessen an China, erhielt seine Ausbildung in Cambridge, der berühmten englischen Kinder, geht nach dem Tode seines Vaters nach Schanghai, wo er mit allen Tugenden und Untugenden des 20 jährigen Gentleman das väterliche Geschäft übernimmt. Er verbringt eine Wenge Geld, unterscheidet sich in seiner Lebensweise in nichts von seinen Klubgenossen, denen alle Genüsse europäisch-asiatischen Hafenlebens auf Telephonwunsch zur Verfügung stehen, bereist sich mit zwei parat ebensso flotten Draufgängern an einem abenteuerlichen Zug in die innerste Mongolei, lebt ein paar Jahre als Missionar reitet, und fandet nach den üblichen Klippen in dem Hafen einer glücklichen Ehe mit einer gefeierten Schönheit der englischen Kolonie.

Nach ein paar Jahren nimmt er seine Jugendgespielinnen wieder auf, und die junge Frau fällt sich schließen. Das ist alles nicht Angewöhnliches, und auch seine große Liebe zu Tieren unterscheidet ihn kaum von vielen anderen. Geschätzt, daß er auch den persischen Wurf hat, für seine Lieblinge einzutreten. Er steht, wie ein Chinese einen Hund schlägt, springt dazwischen, schlägt nach der Bestie und bezahlt Engländers auf den Kuli ein. Es kommt zu einem wüsten Tumult der aufgeregten Bevölkerung, und dann ist er wieder mit Geld heraus.

Nach dem Krieg lebt er kein Gefühlt auf, jetzt sich mit ein paar Pfund-Millionen nach England und kauft ein Gut in Sussex, und dem er eine ähnliche Tierparadies einrichtet. Seine einzige Leidenschaft ist Hundeangaben Angeln, kommt ebenso in das leere Haus, langweilt sich und — erinnert sich, wie das doch alles in Schanghai so einfach war. Er sucht und findet als 18 jähriges Mädchen Madeleine und trainiert sie für seine Zwecke. Madeleine geht völlig in seinem Bann, in Deutschland wäre sie wegen „geweihter Hörigkeit" wahrscheinlich freiwillig dem Kerkermeister Strindberg verfallen, wie der Fall Morriß/Roberts psychologisch und soziologisch zeigt. Das Mädchen, das sich in Sussex ein Kind, das sich in Sussex ein Kind, das sich in Sussex ein Kind

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 22. Dezember 1925.

Der Weihnachtsverkehr.

Die Fahrt nach den Wintersportplätzen.

Wenn man die Auskünfte auf den Reisebüros und Fahrkartenausgabestellen nach Reisewegen, Wintersportplätzen und Unterkunft als Gradmesser für den Umfang des Verkehrs annimmt, und dies ist erfahrungsgemäß ein guter Gradmesser, kann man sagen, daß der diesjährige Weihnachtsverkehr rund um ein Drittel hinter dem vorjährigen zurückbleibt. Es macht sich auch hier wie überall die wirtschaftliche Notlage bemerkbar, so daß man im allgemeinen nur von einem leidlichen Verkehr sprechen kann. Eine Ausnahme machten nur die erschlossenen Weihnachts- und Wintersportsorte, die binnen kurzer Zeit ausverkauft waren. Besonders begehrt waren die Bäder nach dem Mittelgebirge und dem Harz; nach Bayern und dem Schwarzwald war der Nachfrage geringer. In den Sportplätzen des Riesengebirges, Bayerischen Hochgebirge, Schreiberhau usw. sind die Gasthäuser voll belegt; ein großer Teil der Wintersportler weichen sich daher nach der tschechischen Seite, z. B. Spindelmühle, zum Zell auch bezweigen, weil hier hervorragendes Skigelände vorhanden ist.

In den zwei Sonderzügen des Schlesischen am Dienstag und Mittwoch, die schnell ausverkauft waren, ist noch ein dritter Zug am Montag eingelegt worden, der gleichfalls ausverkauft ist. Der Platzkartenverkauf für die Vorzüge, der in diesem Jahr neu eingeführt ist, hat sich angeblich gut bewährt. Es sehr sehr zu wünschen, daß diese Einrichtung auch auf die nach Sachsen und Süddeutschland führenden Züge ausgedehnt würde. Das Reichsbahnamt Berlin-Anhalter Bahnhof hatte am Goldenen Sonntag von 10 bis 1 Uhr geöffnet, wenn auch ein Ansturm nicht zu ausgeschlossen Wunsch Gebrauch machte.

Während im vorigen Jahr die Wintersportler in die Schweiz fuhren, da bei uns kein ausreichender Winterwetter war, hat diesen Jahr der Verkehr bereits vor 8 bis 14 Tagen gut eingesetzt. Im Harz sind die Sportplätze Braunlage, Schierke, Hochsauerlage oder Schierke besonders begehrt, in Thüringen steht Oberhof an der Spitze. Ausserdem Gegenden kommen weniger in Frage.

Die Streikenden in den Weihnachtstagen.

Die Berliner Straßenbahnbetriebsgesellschaft teilt mit: An den Weihnachtsfeiertagen (25. 26. und 27. Dezember), verkehrt die Straßenbahn nach dem Sonntagsfahrplan. Es findet also ein ununterbrochener Betrieb in der Nacht vom Samstag zu Sonntag (Weihnachtsfeiertag) zum Sonntag auf den Linien 1, 15, 69, 74, 76 und 99 nicht statt.

Winteranfang — in einigen Tagen.

Heute ist der kalendermäßige Winteranfang: das milde Wetter, das im ganzen Deutschen herrscht, läßt uns aber nichts davon spüren. Leichte Regenfälle und ein kräftiger lebhafter Südwestwind gestalten die Witterung eher frühlingsmäßig als winterlich. Bezeichnig ist auch weiter die Tatsache, daß bestand dieser Witterung zu rechnen, aber die amtliche Wetterdienststelle „warnt" schon wieder vor einem Umschwung. Der eigentliche Winteranfang wird sich demnach um einige Tage verschieben. Jedenfalls können wir bei Beginn des neuen Jahres gerade der Saisonsportverkäufe mit einer „weißen" Woche rechnen.

Kinderbescherung im Sportpalast.

Im Kasino des Sportpalastes fand eine Kaffeetafel mit Weihnachtsbescherung für die Kinder der Armen statt. Bezirksvorsteher Richard Hoffmann leitete die Feier. Die Bewirtung und ein Geschenk war von den Direktoren des Sportpalastes gespendet. Pfarrer Dr. h. c. Heydt sprach festliche Worte. Kinder in Engelsgewändern sagten Gedichte auf. Weihnachtslieder wurden gemeinsam gesungen. Zum Schluß fand eine Führung durch den Eisbalast statt. 50 Familien mit einen 200 Kindern, die von der Wohlfahrtspflege, der Kriegsschädigtenfürsorge, der Wohlfahrtspflege und der Kleinrentnerfürsorge ausgewählt wurden, sind reich mit Lebensmitteln und Kleidern bedacht worden.

Einstellung des deutschen Luftpostverkehrs.

Wegen Einstellung des Winterluftverkehrs werden mit Ablauf des 23. Dezember Luftpoften Hamburg—Essen—Bremen—Amsterdam—London, Essen—Hamburg—Kopenhagen—Malmö, Dresden—Berlin—Malmö—Kopenhagen und München—Wien, voraussichtlich bis April 1926, aufgehoben. In Betrieb bleibt die Luftpost Köln—London, die gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen nach England und überseeischen Ländern über England, ferner gewöhnliche Pakete, auch dringende, nach England befördert.

Stoich-Sarrasani in Berlin.

Hans Stoich-Sarrasani, soeben noch dreijähriger Kommer aus Südamerika zurückgekehrt, wird sich am Weihnachten der Reichshauptstadt wieder vorstellen, und zwar in der Neuen Ausstellungshalle am Kaiserdamm. Er folgt dem Stufe der Berliner Schau G. m. b. H., die ihn für sechzehn Tage als Regisseur des „Tausendsassa" und mit seinen besten Schöpfungen auf dem Gebiete klassischer Zirkuskunst verpflichtet hat.

Der Auto-Einheitstarif.

Berechnungstabelle.

Uhr-anzeige	zu zahlen	Uhr-anzeige	zu zahlen	Uhr-anzeige	zu zahlen
0.70	0.55	3.90	2.95	7.10	5.35
0.80	0.60	4.00	3.00	7.20	5.40
0.90	0.70	4.10	3.10	7.30	5.50
1.00	0.75	4.20	3.15	7.40	5.55
1.10	0.85	4.30	3.25	7.50	5.65
1.20	0.90	4.40	3.30	7.60	5.70
1.30	1.00	4.50	3.40	7.70	5.80
1.40	1.05	4.60	3.45	7.80	5.85
1.50	1.15	4.70	3.55	7.90	5.95
1.60	1.20	4.80	3.60	8.00	6.00
1.70	1.30	4.90	3.70	8.10	6.10
1.80	1.35	5.00	3.75	8.20	6.15
1.90	1.45	5.10	3.85	8.30	6.25
2.00	1.50	5.20	3.90	8.40	6.30
2.10	1.60	5.30	4.00	8.50	6.40
2.20	1.65	5.40	4.05	8.60	6.45
2.30	1.75	5.50	4.15	8.70	6.55
2.40	1.80	5.60	4.20	8.80	6.60
2.50	1.90	5.70	4.30	8.90	6.70
2.60	1.95	5.80	4.35	9.00	6.75
2.70	2.05	5.90	4.45	9.10	6.85
2.80	2.10	6.00	4.50	9.20	6.90
2.90	2.20	6.10	4.60	9.30	7.00
3.00	2.25	6.20	4.65	9.40	7.05
3.10	2.35	6.30	4.75	9.50	7.15
3.20	2.40	6.40	4.80	9.60	7.20
3.30	2.50	6.50	4.90	9.70	7.30
3.40	2.55	6.60	4.95	9.80	7.35
3.50	2.65	6.70	5.05	9.90	7.45
3.60	2.70	6.80	5.10	10.00	7.50
3.70	2.80	6.90	5.20		
3.80	2.85	7.00	5.25		

Zuschläge werden stets voll berechnet.

Von höheren Beträgen ist ein Viertel vom Uhrpreis abzugehen.

Ein Auto in Flammen.

An der Ecke der Kaiser-Allee und Berliner Straße in Wilmersdorf geriet durch einen Funken aus der Lichtmaschine ein Auto in Brand. Der Wagen wurde völlig vernichtet, so daß er abmontiert werden mußte. Die Wilmersdorfer Feuerwehr leistete dem Feuer die Hilfe einer Motorspritze. Durch den Vorfall entstand eine etwa einstündige Verkehrsstörung.

Der letzte Tag des Bothmer-Prozesses.

Die Plädoyers der Verteidigung.

Zu Beginn der Sitzung am Dienstag, daß der Landgerichtsdirektor Heilling die Gräfin Bothmer noch einmal Gelegenheit, sich zu den anonymen Briefen zu äußern. Die Gräfin versicherte mit aller Entschiedenheit, daß die anonymen Briefe an den Kaplan der Bonifaciuskirche und Pfarrer Warnke nicht von ihr herrührten. Sie räumte aber die Möglichkeit ein, daß sie unter den Brief am Krankenbett der Frau Präsident Ried die Unterschrift der Krankenschwester Hieronyma gesetzt habe, wohl in der Hast, weil nicht mehr viel Zeit übrig war.

Das Gericht beschloß dann endgültig, die Zeugen Hauptmann Hofler und Frau Baden zu vernehmen. Gegen die Verwendung der Zeugin erhob R.A. Dr. Brandt zwar Einspruch, weil ihre Glaubwürdigkeit stark erschüttert sei, doch war das Gericht der Ansicht, daß ihren Aussagen Glauben zu schenken sei.

Dann begann der erste Verteidiger, Justizrat Zeisler, sein Plädoyer, in dem er zunächst ausführlich auf die Polizei Diebstähle einging und betonte, daß die erste Anklage den Zeugenbeweis erbracht habe. Der Lokaltermin in dem Auto des Hauptmann Hofler habe ergeben, daß die verschwundene Tasche mit größter Wahrscheinlichkeit in den Graben und Schleuderen des Wagens und die Lebhaftigkeit der beiden Damen herausgefallen sei. Es erscheine fast unmöglich, daß die Angeklagte durch Manipulationen die Tasche an sich gebracht habe, denn dies hätte bei dem engen Raum des Wagens Aufsehen erregen müssen. Auch bezüglich der Kassenbiebstähle im Hotel Kaiserhof sei nichts erwiesen und die Gräfin habe von niemand beobachtet worden. Hingu komme, daß die Kassenführung, die nur bei Frau Dr. Zommer, Hauptmann Hofler und der Angeklagten vorgekommen wurde, äußerst mangelhaft gewesen sei, da sie sich nicht auf sämtliche Hotelgäste erstreckt habe. Die Frage, ob die Gräfin schuldig sei oder nicht, könne nicht entschieden werden. So viel sei aber sicher, daß ihre Schuld nicht erwiesen sei, weshalb ihr in den Polizei-Fällen auch Freisprechung plädiere. Auf die unsittlichen Vorgänge in Potsdam eingehend, erklärte Justizrat Zeisler, daß alles von der Klärung der Frage abhänge, ob der Händler Germers, dorf eine Geschlechtskrankheit sei, oder es wirklich lebe. Die Tatsache, daß die Potsdamer Polizei ihn nicht ermittelnd fanden, könne nicht bewiesen, daß Germersdorf überhaupt nicht existiere, denn die Polizei könne nicht über seinen Verbleib bauernd machen.

Selbstmord der Fliegerin Melli Beese

In einer Pension in der Friedrichsruher Straße, wo sie zuletzt wohnte, hat sich gestern die Fliegerin Melli Beese erschossen. Die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt. Frau Beese, die im Anfang der vierziger Jahre stand, war vor wenigen Tagen von ihrem Mann, mit dem sie in nicht glücklicher Ehe lebte, geschieden worden. Kurz vor ihrem Selbstmord hatte sie geäußert, daß in der nächsten Zeit mit ihrem Mann einen Rundflug um die Erde unternehmen wolle.

*

Melli Beese war die erste deutsche Fliegerin und die zweite der Welt (die erste Fliegerin war die Französin Dupont, die auf dem Farman-Apparat flog). Fräulein Beese war die Energie und Unternehmungskraft in Person. Das bewies schon die Zahl der Gestorbene, die sie bebeschrieb hat; so flog zunächst die Wiener „Gitrid-Taube" dann die „Mummler-Taube" dann einen Eindecker eigener Konstruktion. Kurz vor dem Kriege beinstete sie den Kronzeugen Boutard, und seine machte eine Flugschule daraus. Der Kriegsbeginn aufgelöst wurde; Boutard wurde im Gefangenenlager Holzminden interniert.

Wenn die deutsche Fliegerin bis kurz vor dem Kriege einen erstaunlichen Aufschwung nahm und den alteren Erfahrungen anderer Länder in nichts nachstand, so ist ein gut Teil dieser Pionierarbeit das Konto dieser mutigen und gedankenreichen Frau zu setzen.

Fünf Personen an Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Ein Arzt der Rettungsstelle in der Ziegelstraße wurde gestern abend nach der Chausseestraße 3 gerufen, wo die aus fünf Personen bestehende Familie Conrad an schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt war. Allen Personen wurde sofort der Magen ausgepumpt. Der Vater und die beiden Söhne erholten sich bald wieder, während Frau Damerow und ihre Tochter in sehr bedenklichem Zustande nach dem Virchow-Krankenhause gebracht werden mußten. Nach Aussagen der Familienmitglieder hatten sie gestern abend Kartoffeln mit Leinöl gegessen und nach Rotkraut-Kartoffeln mit Speck. Bald nach dem Essen stellten sich die Vergiftungserscheinungen ein. Wahrscheinlich hat Frau Damerow sich bei der Bereitung des Zuckerwassers vergriffen, indem sie statt Natron ein anderes weißes Pulver genommen hat.

Mord in Brix.

Ein Mord, dessen Beweggrund noch dunkel ist, ist in der vergangenen Nacht in Brix verübt worden. Der Kaufmann Paul Kaiser, 40 J. alt, der in der Siegfriedstraße in Reukölln bei seinen Eltern wohnt, kam in größter Aufregung um 3 Uhr nachts in das Schlafzimmer der Eltern und teilte ihnen mit, daß er seine junge Braut, die Kürschnerin Gertrud Zirnke, erwürgt habe. Die Leiche liege in der Kirschallee in Brix. Bevor noch die Eltern ihn ausfragen konnten, lief Mitbewohner und verschwand aus der Wohnung und dem Hause. Der Vater eilte nach dem Polizeirevier und meldete die Tat. Beamte machten sich sofort auf die Suche und fanden die Angabe bestätigt. Das junge Mädchen lag mit durchschnittener Kehle tot an dem bezeichneten Platz. Die Ermittelungen nach dem Verbleib des Mörders wurden alsbald aufgenommen, hatten aber bisher keinen Erfolg.

Der Ausbruch aus dem Brandenburger Zuchthaus.

B.S. Brandenburg, 22. 12.

Wie bereits kurz gemeldet, sind am Montag nachmittag aus der Strafanstalt Brandenburg zwei Gefängnisse ausgebrochen, die bisher noch nicht wieder ergriffen werden konnten. Ueber die Flucht, die auch die verwegenste Kinoromantik in den Schatten stellt, erfahren wir folgende Einzelheiten:

In der Strafanstalt arbeiteten in der Schreiberabteilung zwei gefährliche Diebe, die wegen schweren Einbruchsdiebstahls im Rückfall Strafen bis zum Jahre 1930 bzw. 1933 zu verbüßen hatten. Es handelt sich um einen Berliner Einbrecher namens Dahn aus Burg und einen Schneider Banke aus Magdeburg. Dahn, der als Spitzenname „Der Flieger" führt und ein gewandter Zirkusakrobat sein soll, ist bereits viermal aus anderen Strafanstalten ebenfalls unter Entlassung seiner Komplizen. Die beiden Sträflinge hatten ihre Flucht lange vorbereitet. In ihr Schlafzimmer hatten sie nach und nach feites Gurtband entwendet und zusammengenäht, so daß sie im Laufe der Zeit ein ausreichendes Seil von etwa 20 Meter Länge erhielten. Gestern nachmittag gegen 4¼ Uhr entfernten sich die beiden aus dem Arbeitssaal, der im ersten Stockwerk liegt, und begaben sich auf die Gallerie. Beide zwängten sich dort durch ein enges Fensterchen. Dahn warf seinen Leibriemen vom Fenster aus nach unten, wo zwei Meter tiefer ferneren Hafen, gewann so einen Halt und schwang sich dann auf den Hallenbogen. Banke, der ihm, der gleichfalls zwei Gebäuden etwa 18 Meter über dem Erdboden angekracht ist. Auf diesem Wege nun ist Dahn, der Flieger, sich sich und vermochte sogar noch seinen weniger gewandten Kameraden durch die Luft zu sich zu ziehen. Nun befestigten sich die beiden Gefangenen sich Dahn an einem ganz schmalen Gesimse an der Hauptmauer weiter, erreichte ein flaches Dach und sah nun mit dem Hallenbogen Begrenzung, der zwischen

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Die Vermögenssteuer-bewertung aufzuwertender Hypotheken.

Uns wird geschrieben:

Die Anordnung des Reichsfinanzministeriums, Hypothekenforderungen grundsätzlich mit 15 v. H. ihres nach dem Aufwertungsgesetz (Aw. G.) berechneten Goldmarkbetrag zur Vermögenssteuer heranzuziehen, ist unbillig und rechtlich bedenklich.

Bei der Vermögenssteuer ist zu ermitteln der Wert des am 1. Januar 1925 vorhandenen Vermögens. Am 1. Januar 1925 galt die 3. Steuernotverordnung, nicht das Aw. G. Es hat sich keine rückwirkende Kraft beigelegt, vielmehr sind die massgebenden Vorschriften der 3. St.-Not-V. bis zum Inkrafttreten des Aw. G., dem 15. Juli 1925, verlängert worden. Während das Eink.-St.-G. die rückwirkende Anwendung der Grundsätze des Aw. G. ausdrücklich anordnet, fehlt eine solche Vorschrift im Reichsbewertungs- und Vermögenssteuergesetz. Die Anordnung wird durch die Bewertungsvorschriften des R. Bew. G. und der Abgabenordnung (R. A. O.) nicht gedeckt. Danach sind aufwertende Forderungen, die zum „Betriebsvermögen" eines Kaufmanns gehören, mit dem gemeinen Wert (Verkaufswert), den sie unter Würdigung der damals feststehenden oder in sicherer Aussicht stehenden Tatsachen hatten, anzusetzen. (§§ 137 RAO.; § 31 R. Bew. G. vgl. Becker, Kommentar der RAO. § 138 Anm. 10, § 143). Vermögenssteuerpflichtig sind zur Forderungen, die am 1. Januar 1925 tatsächlich bestanden, d. h. solche, die bereits nach der 3. St.-Not-V. aufzuwerten waren. Was ihre Bewertung anlangt, so ist nach den massgebenden Vorschriften zu berechten, dass der Zinssatz ungewöhnlich niedrig, die Kündbarkeit längere Zeit ausgeschlossen war und sich vielfach der Aufwertungsbetrag bedeutlich dem Wert des belasteten Grundstücks näherte. Deshalb war der damalige gemeine Wert höchstens 7—8% des nach dem Dollarmittelkurs berechneten Goldmarkbetrages. Der Minister verlangt aber, dass bei der Bewertung nicht von diesem nach der 3. St.-Not-V. massgebenden G.-M-Betrag, sondern von dem für den Gläubiger günstigeren G.-M.-Betrag des Aw. G. der den Durchschnitt von Dollarkurs und Lebenshaltungsindex darstellt, ausgegangen und grundsätzlich 15 % von diesem Betrag als Steuerwert angesetzt wird. Hier wird ein Steuerwert konstruiert, der am 1. Januar 1925 nicht vorhanden war. Wertkonstruktionen widersprechen aber dem Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit und dem Grundsatz der Bewertung mit dem tatsächlichen Wert (gemeinen Wert) oder Verkaufswert (gemeinen Wert).

Dasselbe gilt für die aufzuwertenden Hypothekenforderungen des Privatmannes und diejenigen des Kaufmanns, die nicht zu seinem „Betriebsvermögen" gehören. Hier gilt § 143 RAO. (§ 8 Abs. II R. Bew. G.). Danach ist die Ansetzung des nach der 3. St.-Not-V. über den Dollarkurs berechneten Nennwerts unzulässig, weil besonderer oder niedrige Umstände (geringe Verzinsung usw.) einen niedrigeren Wert begründen. Die Aufwertungsgläubiger verstehen deshalb nicht, warum ein besonderer Nachweis dafür verlangt wird, dass der Vermögenssteuerwert der bereits nach der 3. St.-Not-V. aufgewerteten Hypotheken niedriger ist als 15 % des — erst durch das Aw. G. mit Wirkung vom 15. Juli d. J. erhöhten — G.-M.-Betrages.

Nicht einzusehen ist, warum grundsätzlich 2. und 3. Hypotheken ebenso bestimmt werden sollen, wie die 1. Hypothek, trotzdem ihr Wert infolge des Rangvorbehalts des Eigentümers, der ihm gestattet, eine Grundhypothek in den durch die Abwertung der 1. Hypothek freigewordenen Raum einzuschieben, erheblich herabgedrückt ist.

Die in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 getilgten, kraft „Rückwirkung" aufgewertenen Hypothekenforderungen können auf Grund des Aw. G. am 1. Januar 1925 nur mit ihrem Nennwert in „Mark" angesetzt werden, d. h. mit 0 G.-M., dem die Hypothekenforderung, die bestseuert wird, entsteht erst mit der Wiedereintragung. Diese setzt eine Anmeldung bis zum 31. Dezember 1925, alsdann entweder den Ablauf der dreimonatigen Einspruchsfrist des Schuldners oder dessen Einspruchsverzichtserklärung und bei Einspruch des Schuldners die rechtskräftige Entscheidung der Aufwertungsstelle voraus. Zudem kann der Schuldner bis zum 31. März 1926 bei der Aufwertungsstelle die Herabsetzung der Aufwertung auf Grund der Härteklausel bis auf 15 M. beantragen. Durch das Aw. G. hat der Schuldner, und zwar erst mit Wirkung vom 15. Juli 1925 ab, eine bedingte Anwartschaft auf die Forderung erlangt. Erst wenn die Forderung im Grundbuch eingetragen ist, erlangt sie einen Wert, der sich realisieren lässt. Erst dann wird ein vermögenssteuerpflichtiger; denn steuerpflichtig sind nur die Forderungen, nicht (vielfach zweifelhafte) Anwartschaften auf solche.

Zur Prämienberechnung der Lebensversicherungsgesellschaften. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat an alle grösseren inländischen und ausländischen Lebensversicherungsunternehmungen folgendes Rundschreiben gerichtet: In Hinblick auf die Höhe des gegenwärtig bei Vermögensanlagen erzielten und wohl noch für längere Zeit zu erwartenden Zinsfusses sind wir nach Anhörung und zustimmender Erklärung des Verscherungsbeirats (Gruppe D) bereit, billigem Antrag die Anwendung eines rechnungsmässigen Zinsfusses bis zu 4½% zu genehmigen, soweit es sich dabei um Lebensversicherungsverträge handelt, deren Erfüllung in ausländischer Währung unabdrückbar bedungen ist. Dadurch wird jeder Gesellschaften die Möglichkeit gegeben, niedrigere Nettoprämien zu berechnen und auf einen allgemeinen Preisabbau gerichteten Bestrebungen der Reichsregierung auf dem Gebiet der Lebensversicherung durch eine weitere Massnahme zu entsprechen. Allerdings würden im Falle einer Neuberechnung von Tarifprämien mit einem rechnungsmässigen Zinsfuss von 4½% die Zuschläge zu den sich ergebenden niedrigeren Nettoprämien mit besonderer Sorgfalt anzusetzen sein. Bei der sogenannten Bestimmung beginnenden Leibrente, deren Kaufpreis bei Abschluss des Vertrages in einer Summe an die Gesellschaft gezahlt wird, würden wir es für zulässig halten, über jenen Höchstsatz von 4½% noch hinzugehen, behalten uns aber eine Entscheidung über die Höhe je nach der Lage des Einzelfalls vor.

Die preussischen Staatsfinanzen im November. Der „Amtliche Preussische Pressedienst" veröffentlicht folgende Übersicht über die preussischen Staatseinnahmen und -ausgaben im Monat November sowie eine Übersicht der Staatseinnahmen und -ausgaben vom 1. April bis zum 30. November des Rechnungsjahres 1925: 1. Einnahmen: a) Steuerüberweisungen (Staatsanteil) 60,0 Mill. R.-M., vom 1. April bis 30. November 1925: 496,3 Mill. R.-M., b) Grundvermögensteuer 20,6 bzw. 138,1, c) Hauszinssteuer (Staatsanteil) 39,1 bzw. 296,6, d) sonstige Einnahmen 53,3 bzw. 659,6, in Summa 174,9 bzw. 1590,6 Mill. R.-M.; 2. Ausgaben: Staatsausgaben 201,3 bzw. 1684,4, mithin ein Defizit von 26,4 bzw. 93,8 Mill. R.-M.; 3. Stand der schwebenden Schulden Ende November 1925: Schatzanweisungen 106,0 Mill. R.-M.

Neue Kaliquoten. Die Kaliprüfungsstelle hat in ihrer letzten Sitzung unbeschadet der Tatsache, dass Grund des § 84 der Durchführungsvorschriften zum Kaliwirtschaftsgesetz versuchsmässen Änderungen, beschlossen: Der Gewerkschaft Wilhelmshall in Anderbeck, Kreis Oschersleben, wird für ihr Kalkwerk Wilhelmshall 2 vom 1. Dezember 1925 ab eine endgültige Beteiligungsziffer in Höhe von 113 % der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke gewährt. 2. Die Gewerkschaft Oberröblingen in Oberröblingen am See erhält für ihren Abteufschacht vom 1. November 1925 ab gemäss § 88a der Verordnung vom 22. Oktober 1921 eine Beteiligungsziffer in Höhe von 16 % der durchschnittlichen Beteiligungsziffer aller Werke.

Valutamarkt.

Berliner Devisen!	Diskontsatz	22. 12. Geld	22. 12. Brief	21. 12. Geld	21. 12. Brief
Buenos Aires		1,739	1,742	1,733	1,737
Japan	7,3 %	1,903	1,907	1,912	1,916
Konstantinopel		2,345	2,355	2,362	2,368
London	4 %	20,24	20,29	20,346	20,396
New York	3½ %	4,185	4,203	4,190	4,208
Rio de Janeiro	7 %	0,500	0,502	0,502	0,504
Amsterdam	3½ %	168,40	168,74	168,51	169,09
Athen-Athen	7 %	5,445	5,465	5,465	5,485
Oslo	5½ %	85,14	85,36	85,08	85,36
Paris	7 %	16,44	16,48	16,44	16,48
Danzig	5½ %	81,92	82,08	81,92	82,08
Helsingfors	7½ %	15,625	15,665	15,625	15,665
Italien	5 %	18,74	18,78	18,74	18,78
Jugoslawien	8½ %	2,492	2,498	2,492	2,498
Kopenhagen	5 %	91,32	91,58	91,32	91,58
Lissabon	6 %	18,60	18,64	18,60	18,64
Prag	5 %	12,415	12,445	12,415	12,455
Schweiz	3 %	80,99	81,15	81,03	81,23
Sofia	8 %	3,016	3,024	3,03	3,04
Spanien	5 %	69,26	69,42	69,32	69,47
Stockholm	5 %	111,91	112,19	111,91	112,19
Budapest	7 %	0,878	0,883	0,875	0,880
Wien	5 %	0,019	0,021	0,021	0,023
Athen	10 %	5,29	5,31	5,29	5,31
Kanada		4,193	4,203	4,193	4,203
Uruguay		4,233	4,243	4,233	4,243

Kurse in R.-M. für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 argent. Peso, 1 Milreis, 1 Yen, 100 000 span. Kronen, übrigen je 100 Einheiten.

Der französische Franken war heute weiter rückläufig. Nicht unwesentlich schwächt war heute Schweiz in Reaktion auf die Steigerung auf die letztägige Steigerung. Kabel brückelte etwas ab, auch Spanien war durch den Franken beeinflusst etwas schwächer. Sehr fest lag dagegen Stockholm. Hier wurden gehandelt: London gegen Paris 131½, bis 131½, gegen Spanien 54,20, gegen Zürich 20,34, gegen Stockholm 16,00, gegen Schweiz 81,19½. Die Mark notierte in London 20,30—20,37, in Amsterdam 0, 5996, in Zürich 1,3535. Der Zloty war recht fest, bei geringen Umsätzen wurde ein Kurs von 83½ gegen Kabel genannt.

Der Geldmarkt lag etwas steifer. Tagesgeld musste etwas höher mit 7½—6½% bezahlt werden, doch war die Nachfrage nicht übermässig gross. Monatsgeld stellte sich unverändert auf 5½—11 %.

Am Privatdiskontsmarkt notierten bekte Sichten unverändert 11¼ %.

Eisenwerk Weserhütte A.-G., Bad Oeynhausen. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Tagesordnung. Der Verlust der Gesellschaft betrug im 1924/25 im Rohs von 150 156 R.-M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats wurde in der Anlage der Verwaltung nicht auf je 4000 M., sondern auf je 3000 M. festgesetzt, für den Vorsitzenden auf das Doppelte dieses Betrages. In dem Aufsichtsrat wurde Baurat Holstein von den Oberlandwerken und Strassenbahnen A.-G., Hannover, wieder- und Admiral von Lans, Berlin, neugewählt.

Berliner Speditions- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft (vormals Bertz u. Co.). Wie dem Geschäftsbericht zu entnehmen ist, brachte die Wiederkehr einer stabilen Währung zwar eine Belebung in Handel und Industrie, die dem Berliner Speditionsgeschäft erhöhte Gütermengen zur Bearbeitung zuführte, die aber keinen angemessenen Verdienst übrig liess. Die gesamten Einnahmen aus dem Speditions, Rollfuhr und Lagerbetrieb betrugen 1 221 947 R.-M. und die Gesamtausgaben einschliesslich 1 218 268 R.-M. Mieteinnahmen betrugen 96 288 R.-M., aus denen 38 935 R.-M. Hauszinssteuer und 15 429 R.-M. Grundvermögensteuer zu zahlen waren, so dass ein Ueberschuss von 41 924 R.-M. verbleibt. Das Zinsen-Konto, welches auch die Erträgnisse der stark eingeschrankten Waren-Lombardgeschäfte abschliesst, weist einen Ueberschuss von 64 504 R.-M. Der Bericht gibt sehr ausführlich auf den besonderen Anteil der Angestellten gegen die Gesellschaft ein. Die gesamten Einnahmen betrugen im Berichtsjahre 1 296 749 R.-M. und die Ausgaben 1 195 158 R.-M. Es ist dass die Bilanz einen Reingewinn von 44 591 R.-M. aufweist. Nach Vornahme der Abschreibungen von 85 767 R.-M. stellt sich der Gewinn auf 8824 R.-M. Hiervon sollen 7200 R.-M. zur Verteilung einer Dividende von 3,6 % auf das Aktienkapital von 1 000 000 R.-M. verwendet und restliche 1624 R.-M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. In laufenden Jahre ist bei der Gesellschaft bisher eine weitere Gütersteigerung zu verzeichnen, welche auch eine mässige Aufbesserung der finanziellen Ergebnisse gebracht hat, dies lässt sich über die Aussichten des Jahres zurzeit kein Urteil abgeben. In der Bilanz erscheinen Kreditoren mit 153 938 (192 925) R.-M., denen Debitoren mit 168 628 (159 297) R.-M. gegenüberstehen.

Vereinigte Stralsunder Spielkarten-Fabriken A.-G., Stralsund. Bei einem Aktienkapital von 1,4 Mill. R.-M. erzielte das Unternehmen in dem am 30. 6. 1925 beendeten Geschäftsjahr einen Betriebsüberschuss von 1,2 Mill. R.-M., aus dem nach Abzug der allgemeinen Geschäftsunkosten in Höhe von 0,96 Mill. R.-M. und 82 734 R.-M. Abschreibungen ein Reingewinn von 183 549 R.-M. verbleibt, aus dem, wie bereits kurz berichtet, 14 % Dividende verteilt, 30 000 R.-M. einer Sonderrücklage überwiesen und 1144 R.-M. auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. In der Bilanz erscheinen (in Klammern die Zitten der Goldmarkeröffnungsbilanz vom 30. 6. 1925): Anlagen mit 590 000 (600 000), Wertpapiere 639 (639), Wechsel 17 697 (329), Kasse 17 185 (1201), Aussenstände und Bankguthaben 584 063 (348 269), Vorräte 306 851 (574 927) R.-M. demgegenüber Kreditoren mit 109 750 (3800) R.-M. Im Geschäftsbericht wird u. a. ausgeführt, dass es der Firma gelungen, den Umsatz im Inlande wesentlich zu erhöhen, dagegen habe das Auslandsgeschäft sehr nachgelassen, da durch die hohen Einfuhrzölle der Absatz so gut wie unterbunden werde. Für das neue Geschäftsjahr seien die Aussichten nicht ungünstig, da Aufträge für die nächsten Monate reichlich vorliegen. Die in Liquidation befindliche Chromo-Papier-Fabrik in Altenburg wurde im neuen Geschäftsjahr erworben.

Firmenänderung der Grünewald-Stahl-Werke Kommanditgesellschaft. In der a. o. Generalversammlung wurde mitgeteilt, dass die Fabriken im laufenden Jahre gut beschäftigt gewesen; die Umsätze seien um etwa 50 % grösser als im Vorjahre. Durch die hohen Zinslasten der der Gesellschaft gewährten Kredite hat sich die Illiquidität der Gesellschaft ausserordentlich vergrössert. Neue Kredite waren nicht zu erlangen. Daher musste erreicht werden, dass die Gläubiger sich mit einer Zahlung von 25 % der Forderungen zufrieden gaben. Die Bezahlung zu diesem Prozentsatz erfolgt durch Ausgabe von Gesellschaftsaktien. Die Beteiligung an der Zentrale der Eisenhandelsgesellschaft Rohstahl A.-G., Berlin, hat sich als zweckmässig erwiesen. Im Laufe des Jahres wandte sich die Gesellschaft entsprechend den gestiegenen Bedürfnissen der Eisenhandelsmarkt mehr und mehr auch der Finanzierung von Importgeschäften zu. Das neue Jahr hat sich dieser Tätigkeit angelassen.

Vereinigte Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen. Eine a. o. Generalversammlung soll u. a. den zwischen den Verwaltungsräten der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen und der Société Métallurgique des Terres-Rouges abgeschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag gutheissen und ausserdem die Erhöhung des Stammkapitals durch die Ausgabe neuer Anteilscheine beschlossen werden. Gegenwärtig sind, von der Aktiengesellschaft Société Métallurgique des Terres-Rouges das Einbringen im Verhältnis von 1 Anteilschein auf 4 Aktien Terres-Rouges zu vergüten. Ueber die beabsichtigte Transaktion haben wir bereits berichtet. Ausserden ist bekanntlich zwecks Erweiterung und Modernisierung der Betriebe der Interessengemeinschaft eine Dollaranleihe beabsichtigt.

Berliner Börse.

22. 12.

Lustlos und schwächer. Goldpfandbriefe fest.

Auch heute gab eine ungesprochene Geschäftsunlust der Börse das Gepräge. Der bevorstehende Jahresschluss veranlasste verschiedene Engagements, das die Tendenz sich als schwächer ansprach, zumal neue Zahlungsschwierigkeiten verstimmen. Auch befürchtet die Börse, dass die Montanindustrie zu umfangreichen Sanierungen wird schreiten müssen. Demgegenüber fiel die Besserung des Arbeitsmarktes nicht ins Gewicht.

Besonders schwach waren zu Beginn Freiverkehrswerte, von denen allerdings Schiffahrtsaktien im Verlaufe eine kleine Erholung durchsetzen konnten; es eröffneten Deutsch-Australier 78 (— 1½), Hapag 90¼ (— 1¼), Hamburg-Süd 79½ (— 1½), Lloyd 92¼ (— 1), ferner Baltimore 84 (— 1), Orenstein & Koppel 60½ (— 1¼). Montanwerte waren das Geschäft anbetreffend ebenfalls nach der gestrigen Steigerung 66 (— 2), später 69¼, Rheinische Braunkohlen 110¼ (— 2), Mannesmann 84 (— 1). Auch Kali-Werte gaben weiter nach, namentlich Salzdetfurt 103 (— 4¼), später wieder 105. Chemische und Elektrowerte lagen still. Für Chemische Maschinenfabriken und Metallwerte kamen erste Kurse überhaupt nicht zustande. Nähmaschinen gaben leicht nach, Deutsche Bank 105 (— ¾), Darmstädter 105 (— ¾); fest waren Bank für Brau-Industrie 80¼ (+ ¾).

Der Anleihemarkt lag ausserordentlich still. Heimische Renten bröckelten weiter ab, Reichsanleihe 0,190 (0,196), Schutzgebiete 0,— 3½ % Consols 0,207½ (0,210). Auch fremde Renten waren durchweg etwas schwächer, Bagdad II 6½ (6¾), Zaibatsu 7,6 (7,7), 14. Ungarn 14¼ (14¾), do. 10. 11,7 (11,8).

Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Goldpfandbriefen hat sich heute noch verstärkt. Es mussten wieder eine Reihe von Repartierungen vorgenommen werden, da das Angebot in einzelnen Fällen nicht in entfernteten der Nachfrage entsprach. So wurden auf die 10% Ostpreussen (plus 1½) 12% zugeteilt, auf die 8% Schlesier (plus 1½ %) 20%, auf die 10% Sachsen (plus 1,1) und 10% Holsteiner (plus 1%) je 30%. Die nichtrepartierten Papiere waren im Durchschnitt um ½ bis ¾ % höher. Goldhypothekenpfandbriefe waren im allgemeinen unverändert. Starke Nachfrage lag für 5% Gothaer vor, die mangels Angebot gesetzt. Geld notierte weiter unverändert, der gestrige Kurs war auf Beute rechnen man bis 70¼ herauf, ohne dass Ware herauskam. Vorkriegshypothekenpfandbriefe schwächten sich weiter ab. Etwas höher waren lediglich Berliner 5,83¼.

Am Markt der nicht notierten Werte war die Haltung gleichfalls unbeständig. Von Kaliaktien lagen A.-G. für Kalindustrie mit 132 % besonders schwach. Stärker rückläufig waren Futter Deutsche Petroleum. Etwas höher waren hingegen Stoewer Auto und Müller Kaffee (83¼).

In weiteren Verlaufe gingen Aktienkurse bei geringem Angebot weiter zurück. Besonders matt lagen Schiffahrtswerte. Nordd. Lloyd 91¼, Packetfahrt 69¾. Zahlreiche Papiere gaben prozentweise nach. Elberfelder Farben 102, Klöckner 51, Harpener 89¾, Gelsenkirchen 93¾, Siemens & Salzer 70, Schwartzkopff 44, Polyphon 64.

Amtlich nicht notierte Werte: Adler Kohle 2,12—2,37, Becker Stahl 0,26—0,3, Bens 2,1—1,4, Felten & Guilleaume 0,9—0,8, Deutsche Petroleum 46—48, Gehr. Dopp 10 B., Duxer Portellan 10—9, Hannover 5—5, Gesuchte Conto Ch. Glückauf 10—11, Grosskraftw. Frank. 67—68, Gummi Elbe —B., Hagen und Roesteln 7—7b, Hecht-Pfänder 63—62, Hirsch Kupfer 26—26, Jindes Auto 22, Schobera 20—21, Stoewer Auto 11—12, Terra Film 50—52, Ufa —46, Ufa Film 12—13, Mark 122,5, Benthe Kali 0,5—0,4, Heldburg Vrz. 48, Kali Niedersachsen 43,5—44,5, Kriegsrohstoff 64—65, Neuhaldensleben 0,5—0,4, Salzdetfurth Kali Genuss Zt. 6 % arg. Rbts. 389, do. 6 % span. Rbts. 389, do. do. Aktien Lit. A. 1,9—1,8, Diesdorf Kaseko 0,9, Saltrerer 190—195, Stöhrer etwa 3—3,25, Südsee-Phosphat etwa 19.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse. 22 Dezember

Die matten Auslandsberichte blieben hier besonders Weizen nicht ganz ohne Einfluss, so dass die gestrigen Preise Schlussnotierungen heute nicht voll zu behaupten waren. Die bevorstehenden Feiertage halten neuen Angebot von Mehl zurück, Roggenmehl war leicht gefragt und als für Weizen. Roggen ist in prompter Abladung vielseitig begehrt, Angebot jedoch infolgedessen mit Mangel an Material. Für Lieferung haben sich die gestrigen Schlusspreise per März nicht behaupten. Hafer ist vom Berliner Konsumbande mehr gefragt und Preise haben sich nachgebessert. Gerste behauptet. Von Mehl war gestern Roggenmehl etwas gefragt, heute still.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon per 1000 kg (in Reichsmark): Hafer gut gefragt, Gerste Schlussnotierungen heute nicht voll zu behaupten waren. Die bevorstehenden Feiertage halten neuen Angebot von Mehl zurück, Roggenmehl leicht gefragt als für Weizen. Roggen ist in prompter Abladung vielseitig begehrt, Angebot jedoch infolgedessen mit Mangel an Material. Für Lieferung haben sich die gestrigen Schlusspreise per März nicht behaupten. Hafer ist vom Berliner Konsumbande mehr gefragt und Preise haben sich nachgebessert. Gerste behauptet. Von Mehl war gestern Roggenmehl etwas gefragt, heute still.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon per 1000 kg (in Reichsmark): Hafer gut gefragt, Gerste Schlussnotierungen heute nicht voll zu behaupten waren. Die bevorstehenden Feiertage halten neuen Angebot von Mehl zurück, Roggenmehl leicht gefragt als für Weizen. Roggen ist in prompter Abladung vielseitig begehrt, Angebot jedoch infolgedessen mit Mangel an Material. Für Lieferung haben sich die gestrigen Schlusspreise per März nicht behaupten. Hafer ist vom Berliner Konsumbande mehr gefragt und Preise haben sich nachgebessert. Gerste behauptet. Von Mehl war gestern Roggenmehl etwas gefragt, heute still.

Amtliche Heu- und Stroh-Notierungen (Preise für 50 kg, frei Waggon oder Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepresstes Roggenstroh 0,70 bis 0,75, do. Weizenstroh 0,60—1,30, do. Weizenstroh 0,70—1,15, do. Gerstenstroh 0,60—1,20, Roggenlangstroh 1,25—1,55, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 0,60—1,35, Häcksel 1,35—1,65, gutes Heu 3,85—4,40, Kleeheu, lose 4,15—4,90.

Königsberger Produktenbörse. 22 Dez. (Freiverkehrspreise für 1000 kg in Zlr. frei Königsberg.

	22. 12.	21. 12.		22. 12.	21. 12.
Weizen	10,50—12,25	10,50—12,50	Wicken	8,00—8,50	8,00—8,50
Roggen	8,75—7,25	7,00—7,20	Kleine Erbsen	8,00—8,50	8,00—8,50

Berliner Butter. Die amtliche Berliner Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grosshandel (Fracht und Gebinde gehen zu Kasten Station) war am 22. Dezember: Landbutter 1,60 R.-M. II. Qualität 1,37 R.-M., abfallende Qualität 1,17 R.-M. für ½ kg.

Magdeburger Zucker notierte am 22. 12. Gemahlener Melis I bei prompter Lieferung 27 R.-M. je 50 kg.

Magdeburger Zucker-Terminnotierungen. 22. 12. (Weisszucker exkl. Sack für 50 kg.) Dezember 18,90 B., 18,50 G., Januar 19,20 B., 19,00 G., Februar 19,40 B., 19,20 G., März 19,60 B., 19,40 G., April 14,35 B., 14,15 G., Mai 14,40 B., 14,30 G., August 14,65 B., 14,35 G. Tendenz ruhig.

Bremer Baumwoll-Terminmarkt, 22. 12. Eröffnungskurse von 11 Uhr: Dezember 19,60 G., 19,35 B., Januar 19,70 G., 19,10 G., März 19,90 B., 19,45 G., 3 % 19,95 bes., Mai 19,90 B., 19,47 G., Juli 19,43 B., 19,26 G., 3 % 19,26 bes., September 19,96 B., 19,14 G., Oktober 19,24 B., 19,05 G., 19,20, 19,19 bes. Tendenz ruhig.

Bremer Loke-Baumwolle. 22. Dezbr. (Eigen berichte.) Amtlicher Preis für Middling Amerik. Baum wolle Universal 20,78 (20,84) Dollarcents je lbs.

Berliner Metallbörse vom 22 Dezember

Preise ab 1. September für 100 kg, Silber 1 kg.

	22. 12.	21. 12.
Elektrolytkupfer n. 100 kg	134,50	134,50
Original-Hüttenzinn, 99 %	—	—
Orig.-Hüttenzinkblech	—	—
Orig.-Hüttenaluminium	76—77	76—77
Reinnickel Platinnickel	265—270	265—270
Silber 1 Kilogramm	235—240	235—240
Quecksilber, Frankfurter	240—250	240—250
Antimon, Regulus, Antimonium	—	—
Lamonitz, 98 bis 99 %	170—175	170—175
Reinaluminium 99 %	175—180	175—180
Feinsilber Barren	35—40	35—40

Die Stadt Höchst vor der Zahlungsunfähigkeit. In der Stadtverordnetensitzung der Stadt Höchst a. M. wurde bei der Behandlung der Finanzlage erwähnt, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass die Stadt Höchst sich zahlungsunfähig erklären müsse. Der fehlende Betrag wird auf 600 000 M. geschätzt.

Berliner Kurse.

22. Dezember.

* Bezieht Papiermarkte.

Frankfurt	Vorwoche	Einheiten	Heute	Vortag
Hapag	90,62—91,37	81	91,25	
Hansa Dampf	83,37—84,5	78,75	82	
Nordd. Lloyd	92,50—93,37	93,75	92	
Bert. Handel-Ges.	136—137	137	136	
Commerz- u. Pr.	105	104,25	105	
Darmstadter Bk.	105	105,5	105	
Deutsche Bank	105	103,12	105,12	
Disconto-Ges.	103,75	103,5	103,75	
Dresdner Bank	80	80,5	80,38	
Mitteld. Credit	100,5	100,62	100,25	
Allg. El.-Ges.	58—59	58	58,25	
Bergmann Elektr.	65,5	64	65	
Berliner Masch.	—	43,75	—	
Bremer Vulkan	60—60	60,25	60	
Contin. Gummiwerke	100,25	100,25	103	
Daimler Motoren	76,75—80,5	77	78	
Felten & Guill.	57—61	57,5	58,25	
Gesfürel Elektr.	60,62—60,37	60,25	60,75	
Hanomag	47,5	47,5	47,5	
Transit Nobel	78	76,75	77,75	
Kabel. Felten Guill.	102,5	102,5	103,25	
C. Lorenz A. G.	75	75,62	—	
Siemens & Halske	71,25—62	71	71,25	
Ges. f. elektr. Unt.	97,75	96,25	97,5	
Karstadt	90,75	90,75	90,75	
Kaufhof	100,50	100,62	101,75	
Tietz	63,25	63,25	63,25	
Adlerwerke	73	75	—	
Chemische Werke	75,62	76,12	77	
Chemische Fabrik	50,50	50,37	50,5	
Deutsche Erdöl	70	70	70	
Deutsche Kalewerke	132,5	132	132,5	
Deutsche Waffen	19,37	19,25	19,37	
Deutsche Wollenw.	34	33,5	34	
Farbenindustrie	102,5	101,75	102,5	
Gesch. Verstärkmitt.	47	46	46,5	
Gesfür. Linoleum	66	66	66	
Hackethal Draht	37	36	37	
Hanseatische Kopf	66	66	66	
Hartmann Maschinen	25	25	25	
Hedwigshütte	25	25	25	
Hilpert Maschinen	25,25	25	25,25	
Hoffmann Stärke	50	50	50	
Kabelwerk Rheydt	50	50	50	
Kabelwerk Vogel	50	50	50	
Kabelindustrie Wolf	50	50	50	
Kabelindustrie Felten	50	50	50	
Kabelindustrie Kabel	50	50	50	
Kabelindustrie Lahmeyer	50	50	50	
Kabelindustrie Siemens	50	50	50	
Kabelindustrie